

## Positionen von Migrantenorganisationen in grenzüberschreitenden politischen Debatten

Das Beispiel der »Armenien-Resolution« des Deutschen Bundestags

### 1. Gegenstand

Am 2. Juni 2016 hat sich der Deutsche Bundestag mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung zu einer deutschen Mitverantwortung für die Ermordung von bis zu 1,5 Millionen Armeniern durch die Jungtürken im Ersten Weltkrieg bekannt.<sup>1</sup> Dabei steht der Beschluss in einer längeren Tradition der Befassung des Parlaments mit dem Thema.<sup>2</sup> Erstmals folgte der Bundestag aber dem Vorbild anderer Parlamente beziehungsweise Parlamentsausschüsse<sup>3</sup> und bezeichnete das Verbrechen an den Armeniern unumwunden als Völkermord – eine Einordnung, die bisher von türkischen Regierungen jeglicher Couleur vehement zurückgewiesen wurde.

Die diplomatischen Folgen des Bundestagsbeschlusses waren gravierend und reichten von der Abberufung des türkischen Botschafters aus Berlin durch die türkische Regierung bis hin zum Verbot des Besuchs einer Delegation des deutschen Verteidigungsministeriums bei in der Türkei stationierten deutschen Soldaten. Allerdings blieb es bei weitem nicht bei solchen zwischenstaatlichen Belastungen, sondern der Konflikt bekam rasch eine transnationale sowie eine innenpolitische Qualität in Deutschland. Ausgangspunkt waren öffentliche Anfeindungen des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestags, die aufgrund ihrer türkischen Abstammung und damit verbundener Loya-

1 Im Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen heißt es unter anderem: »Im Auftrag des damaligen jungtürkischen Regimes begannen am 24. April 1915 im osmanischen Konstantinopel die planmäßige Vertreibung und Vernichtung von über einer Million ethnischer Armenier. Ihr Schicksal steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt. Der Bundestag bedauert die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches, das als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches trotz eindeutiger Informationen auch von Seiten deutscher Diplomaten und Missionare über die organisierte Vertreibung und Vernichtung der Armenier nicht versucht hat, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Das Gedenken des Deutschen Bundestages ist auch Ausdruck besonderen Respektes vor der wohl ältesten christlichen Nation der Erde«; Deutscher Bundestag 2016.

2 Siehe Deutscher Bundestag 2005.

3 Europäisches Parlament: 1987; Frankreich: 2001; Slowakei: 2004; USA: 2007; Schweden: 2014; Österreich: 2015.

litätserwartungen zur Zielscheibe nicht nur des türkischen Präsidenten, sondern (grenzüberschreitender) nationalistischer türkischer Kreise wurden, was bis zu Morddrohungen reichte.

Organisationen, die eine türkische Klientel in Deutschland ansprechen, bezogen zu den Vorgängen Stellung, und deutsche Medien thematisierten von der in Deutschland herrschenden Meinung abweichende Positionen zur Armenien-Resolution in der türkeistämmigen Bevölkerung, um integrationspolitische Fragestellungen daran anzuknüpfen. Dabei leisteten die Organisationen dadurch Vorschub, dass sie selbst explizit eine Verbindung zu den möglichen Folgen der Resolution für die Identifikation der Türkeistämmigen mit Deutschland herstellten.<sup>4</sup> Hauptanlass für diese Debatte war aber ein Beschluss des Integrationsrats der Stadt Duisburg vom 7. Juni 2016, in dem die Bundestagsresolution in scharfer Form verurteilt wurde.<sup>5</sup> Über diesen Beschluss wurde breit berichtet, und eine in der Online-Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* am 21. Juni 2016 veröffentlichte Reportage verknüpfte die Themen Integration und Armenien-Resolution dann in der Überschrift wie folgt: »Die Wut des Duisburger Integrationsrats – Duisburg galt als Vorbild für Integration. Dann kam die Armenien-Resolution – und der türkisch dominierte Integrationsrat lief Sturm.«<sup>6</sup> Bemerkenswert ist, dass in diesem ansonsten durchaus differenzierten Artikel der in der Überschrift insinuierte Widerspruch zwischen Integration und der Position des Integrationsrats zur Armenien-Resolution gar nicht weiter ausgeführt wird. Der Text beschränkt sich vielmehr auf die implizite Vermittlung des Eindrucks, dass Integration in Deutschland nicht mit dieser (türkisch-nationalistisch motivierten) Parteinahme zu vereinbaren sei. Wobei für eine solche Unvereinbarkeit ja auf den ersten Blick der Umstand spricht, dass der »Import« sozialer und politischer Konflikte aus Herkunftsländern das Zusammenleben tatsächlich nicht erleichtert. Dies ist auch noch einmal an der Diskussion um den mit der türkischen Religionsbehörde verbundenen Moscheeverband DİTİB deutlich geworden, der eingeräumt hatte, vermeintliche Anhänger der für den Putschversuch in der Türkei 2016 verantwortlich gehaltenen Gülen-Bewegung ausgeforscht zu haben.<sup>7</sup>

Die Diskussion, inwieweit sich (national gedachte) Sozialintegration und grenzüberschreitende Orientierungen wirklich ausschließen, in welchem Verhältnis Sozialintegration und gesellschaftliche Kohäsion stehen, ist Gegenstand einer sich

4 Siehe die Pressemitteilung der Türkischen Gemeinde in Deutschland vom 22. Juni 2016: [www.tgd.de/2016/06/22/tuerkische-gemeinde-in-deutschland-trifft-sich-mit-bundestagspraesident-norbert-lammert/](http://www.tgd.de/2016/06/22/tuerkische-gemeinde-in-deutschland-trifft-sich-mit-bundestagspraesident-norbert-lammert/) (Zugriff vom 10.04.2017).

5 Titel der beschlossenen Vorlage: »Eine Lüge ist eine Lüge und bleibt eine Lüge. Gegen die Verleumdung der Türkei.«.

6 Bürger, Grunert 2016.

7 Siehe den Artikel »Beobachtung von Gülen-Anhängern. DİTİB bedauert Spitzel-Affäre«, in *Rheinische Post* vom 12. Januar 2017.

intensivierenden Theoriebildung in der Migrations- und Integrationsforschung,<sup>8</sup> steht aber nicht im Fokus des vorliegenden Artikels. Dieser setzt vielmehr an einem anderen Punkt an: Bei der Interessenformulierung (»Claimsmaking«) türkischer Organisationen in Deutschland – und auch bei den Entscheidungen des Duisburger Integrationsrats – geht es um *Organisationshandeln*, mit dem die (individuelle) Sozialintegration höchstens mittelbar in Verbindung steht. Der vorliegende Artikel will also einen Beitrag zum Verständnis von Zivilgesellschaft im Zeichen von Einwanderung leisten, das nicht allein auf soziale Integrations- und Desintegrationsdynamiken verkürzt werden kann. Damit knüpft er an ein relativ junges Forschungsprogramm an, das die Mesoebene des zivilgesellschaftlichen Organisationshandelns in die Migrationsforschung einbezieht.<sup>9</sup>

## 2. Fragestellung

Der vorliegende Text geht der Frage nach, inwiefern unterschiedliche Merkmale und Kontexte von Migrantenorganisationen<sup>10</sup> deren Positionen in grenzüberschreitenden politischen Debatten bestimmen. Wir analysieren hierzu die Reaktionen türkischer Migrantenorganisationen in Deutschland auf die Armenien-Resolution des Bundestags sowie ihre Beteiligung an den darauffolgenden Debatten und untersuchen hierzu die entsprechenden Presseinformationen ausgewählter Organisationen, die sich an eine türkeistämmige Klientel in Deutschland richten. Sodann konfrontieren wir die hierin formulierten Positionen mit Hypothesen, die aus dem Forschungsstand zum (grenzüberschreitenden) Handeln von Migrantenorganisationen abgeleitet werden. Dabei gehen wir davon aus, dass eine Reihe von Merkmalen der Organisationen (etwa Grad der Verankerung innerhalb der eigenen Klientel, Organisationsziel, grenzüberschreitende Vernetzung) und des Umfelds (zum Beispiel Wettbewerb mit alternativen Organisationen, sich wandelnde Klientelinteressen, grenzüberschreitende Abhängigkeiten einschließlich politischer Anschlussmöglichkeiten) das Organisationshandeln bestimmen.

8 Siehe speziell zum Konzept der Sozialintegration die Übersichten bei Kalter 2008; Hans 2016; zum Zusammenhang von Sozialintegration und Kohäsion exemplarisch Koopmans, Schaeffer 2014; Allmendinger 2015.

9 Siehe zur weiteren Einordnung dieser Fragestellung Portes 2015, S. 1-2.

10 Pries definiert Migrantenorganisationen als solche Organisationen, »die in einem ganz erheblichen Ausmaß (mindestens etwa zur Hälfte) aus Migranten zusammengesetzt sind und die sich mit migrationsrelevanten Themen und Aufgaben beschäftigen« (Pries 2010, S. 16).

### 3. Forschungsstand

#### 3.1 Einflüsse auf das Organisationshandeln

Die Forschung zu Migrantenorganisationen findet seit dem »transnational turn«<sup>11</sup> der Migrationsforschung weitgehend unter der Annahme statt, es auch hier mit grenzüberschreitend handelnden Akteuren zu tun zu haben.<sup>12</sup> Von 2007 bis 2010 hat eine Studiengruppe der VolkswagenStiftung grenzüberschreitend tätige Migrantenorganisationen hinsichtlich ihrer Entstehungs- und Kontextbedingungen untersucht.<sup>13</sup> Migrantenorganisationen jeweils zweier unterschiedlicher Herkunftsgruppen in vier europäischen Einwanderungsländern (Vereinigtes Königreich, Deutschland, Spanien und Polen) wurden untersucht und Faktoren, die möglicherweise Einfluss auf das Organisationshandeln haben, auf ihre Bedeutung für die grenzüberschreitende Tätigkeit von Migrantenorganisationen geprüft. Dabei konnte ein Bündel besonders relevanter Faktoren identifiziert werden, das für das Organisationshandeln unter bestimmten Bedingungen wirksam zu sein scheint.<sup>14</sup> In der Folge wurde das Modell unter anderem im Rahmen eines ECPR-Workshops 2010 vor der Folie weiterer internationaler Forschungsergebnisse zu grenzüberschreitenden Migrantenorganisationen diskutiert und fortentwickelt.<sup>15</sup>

Ergebnis war zunächst ein aus empirischem Material abgeleiteter Katalog potenziell auf das grenzüberschreitende Handeln von Migrantenorganisationen wirkender Einflüsse. Nach Pries und Sezgin<sup>16</sup> sind hier strukturelle und situative Einflüsse voneinander zu unterscheiden, wobei wir die strukturellen Einflüsse (zum Beispiel Migrationsregime, nationale Zugehörigkeitsmodelle und Ähnliches) nicht detailliert betrachten, da sie für die im Rahmen der Migration aus der Türkei entstandenen Organisationen in Deutschland einheitlich sind und somit für unsere Fragestellung keine Varianz des Organisationshandelns erklären.<sup>17</sup>

11 Gemeint ist hier der Ansatz, soziales Handeln jenseits nationalstaatlicher Paradigmen zu betrachten.

12 Clarke 2013, S. 281.

13 Siehe Pries et al. 2012. Im Kern basierte das Vorhaben auf dem Vergleich von Migrantenorganisationen jeweils zweier unterschiedlicher Herkunftsgruppen in den vier Einwanderungsländern.

14 Siehe ebd.

15 Siehe zur Auswertung des Workshops im Rahmen der Joint Sessions des European Consortium for Political Research (ECPR) Halm, Sezgin 2013.

16 Ebd., S. 22.

17 Dabei ähneln sich die Modelle dieser strukturellen Einflüsse in der Literatur. Clarke (2013, S. 297) nennt nationale Unterschiede bezüglich Einbürgerung und Einwanderung, das für Migration und Integration relevante Institutionengefüge, die Integrationspolitik sowie diesbezügliche Programme politischer Akteure und diskursive Chancen in den nationalen Öffentlichkeiten; Pries und Sezgin (2012, S. 22) argumentieren etwas allgemeiner mit historischen Kontexten, Zugehörigkeitsmodellen, dem politischen und dem Sozialsystem sowie dem Arbeitsmarktzugang. Fraglich ist insbesondere, ob die diskursiven Chancen zu den strukturellen oder zu den situativen, also je nach Organisation variablen Einflüssen zu zählen sind. In Anlehnung an Pries und Sezgin gehen wir hier

Koopmans und Statham<sup>18</sup> zeigen anhand der Analyse der politischen Forderungen von Migrantenorganisationen im Ländervergleich, dass politische Anschlussmöglichkeiten<sup>19</sup> und eine liberale Staatsangehörigkeitspolitik aufnahmelandbezogene Orientierungen begünstigen.<sup>20</sup> Dies wird noch einmal bestätigt durch Pilati und Morales,<sup>21</sup> die belegen, dass das generelle Vorhandensein politischer Chancen im Ankunftsland die dortige politische Partizipation der Angehörigen der Migrantenorganisationen fördert, während das Fehlen solcher Gelegenheiten eher das desintegrative Potenzial der Organisationen zur Geltung bringt. Zugleich ziehen Herkunftslandorientierungen tendenziell auch Einflussnahmen aus dem Herkunftsland nach sich.<sup>22</sup>

Entsprechend war für Deutschland lange von einem strukturellen, die Herkunftslandorientierung begünstigenden Einfluss auszugehen; mit der erleichterten Einbürgerung und einer stärkeren Berücksichtigung von Migrantenorganisationen in der Integrationspolitik (Nationaler Integrationsplan, Deutsche Islam Konferenz – DIK, um nur Initiativen auf Bundebene zu nennen) hat sich die Situation allerdings im Verlauf der 2000er Jahre gewandelt. Blätte konstatiert in diesem Zeitraum eine Verbesserung der Zugangschancen<sup>23</sup> von Einwandererverbänden, und zum Ende des letzten Jahrzehnts zeigt sich, dass die strukturellen Bedingungen eine große Bandbreite des situativen Organisationshandelns in Deutschland zulassen.<sup>24</sup> Unter den situativen Einflüssen finden sich – wie bei den strukturellen – solche, die für die türkisch geprägte Organisationslandschaft in Deutschland insgesamt von Belang sind, aber wenig Erklärungspotenzial für *bestimmtes* Organisationshandeln innerhalb dieser Landschaft haben: So ist von einem intensiven Wettbewerb türkisch geprägter Organisationen um Mitglieder und Adressaten auszugehen, da eine langjährige schwache gesellschaftspolitische Einbindung der Türkeistämmigen und ihrer

eher davon aus, dass es sich um einen situativen Faktor handelt, der von Organisation zu Organisation variieren kann und sich zum Beispiel für alevitische Verbände anders darstellen kann als für sunnitische.

18 Koopmans, Statham 2001.

19 »Politische Anschlussmöglichkeiten« meint im vorliegenden Artikel das Konzept der »political opportunity structure« (POS); siehe unter anderem Tarrow 1994; Eisinger 1973. Die Forschung zu Migrantenorganisationen verwendet unterschiedliche Begriffe, insbesondere indem neben dem Konzept der »politischen Gelegenheitsstrukturen«, wie schon erwähnt, auch das der »diskursiven Gelegenheitsstrukturen« verbreitet ist – so in der Studie von Jørgensen (2009, S. 54), der seine Analyse türkischer Organisationen in Schweden, Dänemark und Deutschland um diese Dimension ergänzt, da es insbesondere veränderbare, weniger institutionalisierte Gelegenheiten beschreibt. Speziell diese Gelegenheiten sind auch für die vorliegende Analyse von Bedeutung, wo es gilt, Unterschiede im Handeln von ansonsten in Teilen einem einheitlichen Rahmen unterliegenden Organisationen zu beleuchten.

20 Im Ergebnis ähnlich Østergaard-Nielsen 2003.

21 Pilati, Morales 2016, S. 2814.

22 Faist et al. 2014, S. 188.

23 Blätte 2014, S. 247.

24 Halm et al. 2012, S. 87-91.

Organisationen in Deutschland dazu geführt hat, dass die politische, religiöse, weltanschauliche und ethnisch-kulturelle Diversität der Türkei sich bis heute in der Organisationslandschaft wiederfindet.<sup>25</sup> Die Organisationsgründung folgte damit gewissermaßen »türkischen Logiken«. Damit ist zugleich die konsistente Repräsentation der sehr großen und heterogenen Gruppe der Türkeistämmigen in Deutschland (mit 2,9 Mio. Angehörigen 2014, davon 1,4 Mio. mit deutscher Staatsangehörigkeit laut Mikrozensus 2014) eher unwahrscheinlich.<sup>26</sup>

Obwohl die Organisationen zu einem guten Teil Subgruppen ansprechen, sind allgemeine Trends in der Sozialintegration, insbesondere aber in der politischen Partizipation der Gesamtgruppe für alle türkisch geprägten Organisationen von potenzieller Bedeutung. Bemerkenswert dabei ist, dass die Sozialintegration – also unter anderem der Bildungserwerb, der Arbeitsmarkteintritt und vermehrte Interaktionen mit Autochthonen – im intergenerationalen Wandel zwar langsam, aber stetig fortschreitet – gebremst durch Familiennachzug einschließlich Heiratsmigration. Diese Entwicklung verläuft aber unabhängig von grenzüberschreitenden Orientierungen und Identifikationen.<sup>27</sup> Unter den Türkeistämmigen im Bundesland Nordrhein-Westfalen (wo immerhin rund ein Drittel dieser Gruppe in Deutschland lebt) ist in jüngerer Zeit das Gefühl der Interessenvertretung durch Institutionen gestiegen. Allerdings schließt dies deutsche, türkische und transnationale Akteure ein, so auch die Migrantenorganisationen und die türkische Regierung, von der die Türkeistämmigen sich inzwischen sogar trotz fortschreitender Sozialintegration in Deutschland am häufigsten vertreten fühlen (Tabelle 1). Dies legt für unsere Fragestellung speziell einen Schluss nahe: Die (an sich plausible) Vermutung, dass mit fortschreitender Sozialintegration Migrantenorganisationen sich nicht mehr vorwiegend um türkische oder grenzüberschreitende, sondern um die deutsche Gesellschaft betreffende Belange kümmern, um im Wettbewerb um Mitglieder und Klientel erfolgreich zu sein, erweist sich als zu einfach. Stattdessen bietet sich für die Organisationen auch ein »türkisches Agenda-Setting« durchaus an. Zugleich kann die Übernahme des hegemonialen Diskurses der Türkei durch Organisationen in Deutschland erfolversprechend sein, und dies zunächst unabhängig von Verbindungen in die Türkei oder einer Abhängigkeit von dortigen Akteuren.

25 Ebd., S. 89.

26 Halm, Sezgin 2013, S. 213-214.

27 Vgl. Hans 2010, S. 246-247.

*Tabelle 1: Vertretung von Zuwandererinteressen (voll und teilweise) durch Institutionen im Vergleich 2011 und 2015 (Prozentwerte und Rangplätze)*

	Prozent			Rang		
	2015	2011	Differenz 2015-2011	2015	2011	Differenz 2015-2011
Türkische Regierung	55,4	43,3	+12,1	1	3	+2
Türkische Selbstorganisationen	55,3	48,6	+6,7	2	1	-1
Oberbürgermeister/Bürgermeister	53,2	44,0	+9,2	3	2	-1
Integrationsräte	50,9	41,4	+9,5	4	4	0
Deutsche Parteien	50,6	40,2	+10,4	5	5	0
Bundesregierung	49,3	33,0	+16,3	6	7	+1
Integrationsminister NRW	43,3	33,5	+9,8	7	6	-1
Gewerkschaften	39,0	31,9	+7,1	8	8	0

*Quelle: Sauer 2016; 1.000 repräsentativ befragte türkeistämmige Erwachsene (deutsche und/oder türkische Staatsangehörigkeit) 2015.*

Damit bestätigt sich eine Einschätzung von Blätte,<sup>28</sup> dass trotz vielfältiger Einflüsse auf die Einwandererverbände in Deutschland die Identitätslogiken eine »immer wieder aktivierbare Handlungsorientierung« sind.

Die folgenden, je nach Organisation unterschiedlichen situativen Einflüsse sollten außerdem von Bedeutung sein und Unterschiede im Organisationshandeln, bezogen auf unsere Fragestellung, erklären können: Die Erwartungen von Mitgliedern und Adressaten von Migrantenorganisationen haben jeweils bestimmte Auswirkungen auf das Organisationshandeln. Darüber hinaus können grenzüberschreitende Organisationsstrukturen, Finanzierungskanäle oder andere Abhängigkeiten jenseits des nationalen Rahmens die Interessenformulierung der Organisationen beeinflussen, ebenso wie nationale und grenzüberschreitende politische einschließlich diskursiver Anschlussmöglichkeiten für das Organisationshandeln von Bedeutung sind.<sup>29</sup>

Die Verfolgung des in der Forschung prominenten Konzepts der »opportunity structure« – der politischen Anschlussmöglichkeiten – folgt der Überlegung, dass trotz des von Blätte<sup>30</sup> konstatierten verbesserten politischen Zugangs von Einwandererorganisationen zu inländischen Institutionen dies nicht bedeutet, dass sie etwa im Bereich Integrationsarbeit oder Wohlfahrtspflege eine gleichberechtigte Berücksichtigung im korporativen System in Deutschland erfahren beziehungsweise durch-

28 Blätte 2014, S. 241.

29 Halm, Sezgin 2013, S. 212-217.

30 Blätte 2014, S. 247.

gänglich als legitime Akteure anerkannt werden,<sup>31</sup> wie etwa in traditionell multikulturellen politischen Systemen wie zum Beispiel in den Niederlanden. Vielmehr erfolgten eine Pluralisierung und ein Einbezug der Organisationen in jüngerer Zeit in Deutschland weitgehend unsystematisch und bleiben, wie die erwähnte Diskussion um DITIB zeigt, fragil. Es bedarf daher eines eher extensiven Konzepts wie das der politischen »opportunity structure«, um das Spektrum politischer Anschlussmöglichkeiten abzudecken, auf die Migrantenorganisationen eventuell reagieren. Verstehen wir als politische Anschlussmöglichkeiten jeweils aktuelle Chancen, die die Organisationen für sich nutzen können, um ihre Organisationsziele zu erreichen, so lautet die Annahme, dass das Vorhandensein und die Inanspruchnahme solcher Chancen im nationalen und transnationalen Rahmen das Organisationshandeln unter bestimmten Bedingungen maßgeblich beeinflussen. Dies geschieht, weil die formulierten Interessen als legitim erscheinen müssen – was keine triviale Überlegung ist, wenn man davon ausgeht, dass Migrantenorganisationen aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters zwischen politischen Optionen in unterschiedlichen Ländern wählen können.

### 3.2 *Zusammenwirken der Einflüsse*

Der Forschungsstand zur Auswirkung dieser verschiedenen Einflüsse auf einzelne Organisationen ist bisher übersichtlich. Ein belastbares Erklärungsmodell für (grenzüberschreitendes) Handeln von Migrantenorganisationen steht noch aus. Die im Rahmen der Studiengruppe der VolkswagenStiftung systematisch ausgewählten und verglichenen 16 Fälle<sup>32</sup> und die Fallstudien aus dem ECPR-Workshop<sup>33</sup> konnten nicht alle möglichen Interdependenzen und ihre Bedingungen kontrollieren. Unter Hinzuziehung weiterer empirischer Studien zum Thema ist aber doch die Ableitung von Zusammenhängen möglich, die wir für unsere Hypothesenbildung nutzen.

Pries und Sezgin weisen darauf hin,<sup>34</sup> dass aus der Organisationssoziologie bekannte Dilemmata des Organisationshandelns auch für Migrantenorganisationen gelten können. Empirisch sind hier insbesondere das Dilemma der sogenannten »Mitgliederlogik« einerseits – die die Legitimität des Organisationshandelns gegenüber den Mitgliedern oder einer mit ihr verbundenen Klientel im Auge hat – und das der »Einflusslogik« andererseits, bei der es um die gesellschaftliche Bedeutung der Organisation geht, was die Ausnutzung nationaler oder grenzüberschreitender institutioneller politischer Anschlussmöglichkeiten einschließt.<sup>35</sup> Die Ergebnisse

31 Ebd., S. 195.

32 Siehe Pries et al. 2012.

33 Halm, Sezgin 2013.

34 Pries, Sezgin 2012, S. 14.

35 Die Autoren beziehen sich hier auf den Ansatz des Neoinstitutionalismus, wie er durch Meyer und Rowan (1977) entwickelt wurde.

von Vermeulen<sup>36</sup> und Kortmann<sup>37</sup> lassen nun aber darauf schließen, dass das Organisationsalter beziehungsweise der Etablierungsgrad der Organisation eine wichtige Rolle dabei spielen, ob eher die Mitgliederlogik oder die Einflusslogik in den Organisationen wirksam wird beziehungsweise ob der Legitimierung gegenüber den Mitgliedern und Adressaten oder dem Ergreifen politischer Chancen der Vorzug gegeben wird. Letzteres ist eher bei gefestigteren Organisationen anzunehmen, die eine stabile Mitgliederbasis haben und in ihrer Gemeinde als legitime Interessenvertreter anerkannt sind, während jüngere Organisationen sich diese Basis erst schaffen müssen und im Zweifel in geringerem Umfang dazu neigen, Maßnahmen zu ergreifen, die bei ihrer Klientel unpopulär oder ihnen schwer vermittelbar sein könnten. Organisationen mit etablierten Angeboten zum Beispiel, die wichtige Belange ihrer Mitglieder und Adressaten abdecken, können es sich leisten, in der Zielgruppe eventuell unpopuläre Positionen zu vertreten, die ihren gesellschaftlichen Einfluss im Aufnahmeland auch über die Zielgruppe hinaus festigen. Anders ist dies bei Organisationen, die ihre Zielgruppe erst an sich binden müssen und dazu beispielweise in großem Umfang Identitätslogiken aktivieren. Dabei *müssen* sich Mitgliederlogik und Einflusslogik an sich nicht widersprechen, *können* aber miteinander konkurrieren.

Weitere Forschungsergebnisse betreffen die Differenzierung zwischen Mitgliedern und dem weiter gefassten Adressatenkreis der Gemeinde. Diese Befunde ermöglichen eine Einschätzung, ob man von der zunächst plausiblen Annahme ausgehen kann, dass fortschreitende Sozialintegration in den Aufnahmeländern tendenziell dazu führt, dass Migrantenorganisationen sich stärker auf die Situation in diesen Ländern einlassen und eventuell auch vermehrt die Möglichkeiten dortiger Institutionen wahrnehmen, um für ihre Klientel Bedeutung zu behalten. Tatsächlich ist diese Annahme zu einfach. Portes et al. haben für die USA gezeigt, dass eine hohe gesellschaftliche Teilhabe von Migranten im Ankunftsland ihr grenzüberschreitendes Engagement in Migrantenorganisationen eher begünstigt.<sup>38</sup> Im Inland etablierte und wirtschaftlich oder gesellschaftlich erfolgreiche Migranten, die möglicherweise dem Modell einer »transnationalen Integration« folgen, sind eine zentrale Ressource für die Organisationen, um grenzüberschreitende Arbeit leisten zu können. Sozialintegrationsprozesse können damit gleichzeitig nationale und transnationale Orientierungen von Migrantenorganisationen fördern. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese Beobachtung keine Allgemeingültigkeit besitzt, denn andere Studien bestätigen das nicht, etwa diejenige von Morales und Pilati für Ecuadorianer in Italien und Spanien, die den Zusammenhang zwischen der noch nicht erlangten Teilhabe im Aufnahmeland und dem Engagement in Migrantenorganisationen nahelegen.<sup>39</sup>

36 Vermeulen 2005, S. 140.

37 Kortmann 2011, S. 256.

38 Portes et al. 2003.

39 Morales, Pilati 2014.

Für die türkisch geprägten Organisationen in Deutschland ist angesichts der oben angestellten Betrachtung zum Zusammenhang von erfolgreicher Sozialintegration und verbleibender Türkeiorientierung das von Portes et al. identifizierte Muster zumindest in Teilen plausibel.

Abhängig von den oben dargestellten strukturellen und situativen Einflüssen können Organisationen auch internen Spannungen unterworfen sein und daher zum Beispiel auch widersprüchlich nach außen hin agieren. Dabei können Prozesse ausgelöst werden, wie sie Rosenow<sup>40</sup> für den türkischen Moscheeverband DİTİB organisationssoziologisch analysiert hat. Bezogen auf (idealtypische) Organisationsstrategien, sich zu widersprüchlichen Anforderungen zu verhalten, erweist sich hier gerade die Strategie der »Entkopplung« (von Organisationsstrukturen und -zielen und tatsächlichen Aktivitäten) als empirisch bedeutsam<sup>41</sup> und führt, so kann man den Befund von Rosenow weiter interpretieren, unter Umständen zu einem Zustand, der klare Einschätzungen des Organisationshandelns für Außenstehende erschwert. Die Entkopplung bedeutet einen Zustand, in dem weder eine vollständige Anpassung von Organisationsstrukturen und inhaltlichen Positionen an externe Erwartungen erfolgt, noch eine vollständige Verweigerung der Anpassung sichtbar wird. Es ist naheliegend, dass gerade grenzüberschreitend tätige Migrant\*innenorganisationen aufgrund widersprüchlicher Erwartungen die Strategie der Entkopplung wählen, bei der die Anpassung an hiesige politische Erwartungen und am Herkunftsland orientierte Positionen nebeneinander bestehen bleiben können, zugleich aber die erschöpfende Ausnutzung von institutionellen Gelegenheiten unterbleibt. Auch inhaltliche Positionen selbst können widersprüchlich sein. Die DİTİB geriet nach einer Reihe vorausgegangener Irritationen bei deutschen staatlichen Partnern<sup>42</sup> mit der eingangs bereits erwähnten »Spitzel-Affäre« endgültig an den Rand des Abbruchs von langjährig institutionalisierten Beziehungen, die sich insbesondere aus der Mitarbeit in der DIK, aus der Bestellung der Beiräte für islamischen Religionsunterricht in den Ländern sowie bei Präventions- und Integrationsprojekten ergeben hatten. Die hier erkennbare Widersprüchlichkeit des Organisationshandelns kommt in der Erklärung der »Spitzel-Affäre« durch DİTİB-Generalsekretär Bekir Alboga zum Ausdruck, dass eine Anweisung der türkischen Religionsbehörde, die DİTİB sich nicht zu eigen gemacht habe, irrtümlich von einigen der – ja von der türkischen Religionsbehörde beschäftigten und an DİTİB nur »verliehenen« – Imame in Deutschland befolgt worden sei.<sup>43</sup>

40 Rosenow 2010; siehe auch Rosenow-Williams 2013.

41 Rosenow 2010, S. 195; Rosenow nennt in Anlehnung an Oliver 1991 die Strategien »Isomorphie« (Anpassung an Umfeld\*innen)erwartungen), »Entkopplung« und »Protest« (gegen Umfeld\*innen)erwartungen) (ebd., S. 173-174).

42 Zu nennen ist hier zum Beispiel die Auseinandersetzung über fragwürdiges, aus der Türkei importiertes Unterrichtsmaterial.

43 Siehe *Rheinische Post* vom 12. Januar 2017.

### 3.3 Allgemeine Bemerkungen zu türkisch geprägten Migrantenorganisationen in Deutschland

Im Vergleich zu den Organisationen anderer »Gastarbeiterherkunftsländer« in Deutschland ist die türkische Organisationslandschaft in besonderer Weise diversifiziert. Dies ist darin begründet, dass unterschiedliche Kulturen, Ethnien und religiöse Bekenntnisse des Vielvölkerstaats Türkei in der Organisationslandschaft reproduziert werden. Gleichzeitig drückt sich auch die verhältnismäßig starke politische Polarisierung in der Türkei – mit ihrer teils repressiven Tendenz – in der Organisationslandschaft in Deutschland aus.<sup>44</sup> Die türkisch geprägten Organisationen in Deutschland verfügen entsprechend über eine differenzierte Dachorganisationsstruktur, die aber kaum im engeren Sinne verbandliche Funktionen im Sinne politischer Interessenvertretung wahrnimmt, sondern eher Mitgliedsorganisationen koordiniert und gegebenenfalls grenzüberschreitende Verbindungen organisiert. Die seit jeher in der Bundesrepublik herrschende Assoziationsfreiheit hat über die Jahrzehnte zu einer breiten und differenzierten Organisationslandschaft auch bei den Einwanderern geführt. Dabei ist hier von einem Laissez-faire-Ansatz der Politik gegenüber Migrantenorganisationen auszugehen, denn zwar gab es die Möglichkeit, sich ungestört zu organisieren, aber aufgrund der verbreiteten Ablehnung eines multikulturellen Gesellschaftsmodells gab es zugleich lange Jahre kaum eine aktive Förderung oder einen systematischen Einbezug der Organisationen.<sup>45</sup> Bis in die jüngste Zeit wurde in Deutschland wenig unternommen, die politische Interessenartikulation entlang ethnisch-kultureller Linien zu fördern. Der fehlende multikulturelle Rahmen hat zugleich ein bestimmtes Muster der funktionalen Differenzierung der türkisch geprägten Organisationen gefördert – nämlich im Sinne einer Komplementarität zu deutschen Angeboten. So ist die religiöse Betätigung der wichtigste Anlass für freiwilliges Engagement in türkischen Kontexten in Deutschland – ein Bereich eben, in dem deutsche Alternativen fehlen. Wenn die Interessenvertretungsfunktion der Migrantenorganisationen für die Türkeistämmigen in Deutschland also noch immer bedeutend ist (siehe Tabelle 1), so vermutlich deshalb, weil sie wichtige Lücken füllen. Aufgrund dieser Funktion ist davon auszugehen, dass die größte in Deutschland tätige Moscheeorganisation DİTİB noch mit den meisten Türkeistämmigen in Deutschland in Verbindung steht.<sup>46</sup> Es gibt von deutscher Seite inzwischen freilich Erwartungen, dass die Organisationen über eine solche komplementäre Rolle hinauswachsen.

### 3.4 Hypothesen

Auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands können folgende Hypothesen zu den Unterschieden in der Positionierung der Organisationen türkischer Migranten zur Armenien-Resolution und ihren Folgen formuliert werden, die primär auf situative, je nach Organisation variierende Einflüsse Bezug nehmen:

44 Vgl. Halm et al. 2012, S. 42.

45 Vgl. Peucker 2016, S. 288.

46 Vgl. Haug et al. 2009, S. 176.

- *Grenzüberschreitende deutsch-türkische Organisationsstrukturen* können einen (zusätzlichen) Impuls geben, sich (in bestimmter Weise) zu positionieren (je nach Nähe oder Ferne zum Hegemonialdiskurs in der Türkei).
- Mit der Ausprägung eines *zur (rein nationalen) Herkunft alternativen oder zusätzlichen Selbstverständnisses* (zum Beispiel religiöses Bekenntnis, politische, humanitäre Zielsetzungen) sinkt die Neigung von Organisationen, den türkisch-nationalen Hegemonialdiskurs zu reproduzieren.
- *Wettbewerb* innerhalb der türkischen Organisationslandschaft um eine bestimmte Klientel oder um die Wahrnehmung politischer Chancen führt zur Profilierung der Akteure.
- Die Erfüllung von Erwartungen und die *Berücksichtigung von Interessen der Klientel*, also derjenigen Gruppe, die die Organisation vertritt, sind für den Erhalt der Legitimität des Vertretungsanspruchs der türkischen Organisationen gegenüber den Türkeistämmigen bedeutsam. Dabei müssen Klientel- und Mitgliederinteressen nicht deckungsgleich sein. Organisationen können für sich in Anspruch nehmen, für eine bestimmte Gruppe zu sprechen, in ihrer Mitgliedschaft aber tatsächlich nur einen kleineren (schichtbezogenen, religiösen, kulturellen, weltanschaulichen, politischen, demographischen ...) Teil dieser Gruppe repräsentieren. Zugleich dürfte die Verbindung von Klientelinteressen und Organisationshandeln bei in der Etablierungsphase befindlichen Organisationen ausgeprägter sein als bei gefestigteren Organisationen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich Klientelinteressen im Sozialintegrationsprozess wandeln. Organisationen können hierauf reagieren, indem Sie diesen Wandel programmatisch mitvollziehen oder aber auch indem sie sich mit unveränderter Programmatik an neue Adressaten richten. Für einen Teil der Türkeistämmigen ist davon auszugehen, dass trotz fortschreitender Sozialintegration und Einbürgerung grenzüberschreitende politische Orientierungen erhalten bleiben oder sogar an Bedeutung gewinnen und etwa türkisch-nationalistische Diskurse in Deutschland nicht obsolet werden. Damit ist eine gewisse diesbezügliche programmatische Kontinuität der Organisationen zu erwarten. Auch können gerade gut sozial integrierte Organisationsmitglieder grenzüberschreitende Orientierungen fördern. Es ist angesichts der Größe und Diversität der türkeistämmigen Gruppen in Deutschland davon auszugehen, dass Migrantenorganisationen eher Partikularinteressen vertreten.
- Organisationen, die bei ihrer Klientel als legitime Interessenvertreter anerkannt sind und die über ein Mindestmaß an personellen und infrastrukturellen Ressourcen verfügen, reagieren auf *politische Anschlussmöglichkeiten* im nationalen, transnationalen und supranationalen Raum (hier insbesondere EU), um ihren Einfluss zu vergrößern; gegebenenfalls kann sich hier ein Spannungsfeld zu den Mitglieder- oder Klientelinteressen aufbauen. Dabei ist davon auszugehen, dass die deutschlandbezogenen politischen Chancen für Migrantenorganisationen in jüngerer Zeit umfangreicher geworden sind und dieser Umstand potenziell Einfluss auf das Organisationshandeln (und die Organisationsstruktur) in Form von Kooperationen mit deutschen Akteuren nimmt. Abweichende Erwartungen in Deutschland und der Türkei an das Organisationshandeln oder

konkurrierende Chancen können die Wahrnehmung von politischen Anschlussmöglichkeiten in Deutschland konterkarieren.

## 4. Vorgehensweise

### 4.1 Auswahl der Organisationen

Wir haben türkisch geprägte Migrantenorganisationen in Deutschland berücksichtigt, die mit Blick auf die in den Hypothesen angesprochenen Merkmale eine möglichst große Varianz aufweisen – also insbesondere Organisationen mit starker und schwacher Türkeiverflechtung, unterschiedlich weit fortgeschrittener Sozialintegration der angesprochenen Subgruppe in Deutschland, unterschiedlich starker türkisch-nationaler Identität, unterschiedlich ausgeprägter Kooperation/Nutzung von politischen Anschlussmöglichkeiten im deutschen, türkischen oder supranationalen Kontext und unterschiedlichem Umfang der Interessenidentität von Klientel und Mitgliedern.

Mit Blick auf diese (situativen) Merkmale war für unsere Untersuchung eine möglichst heterogene Auswahl angestrebt, wobei die Voraussetzung für die Berücksichtigung von Organisationen die Beteiligung an der Armenien-Debatte im betrachteten Zeitraum war. Im Zusammenspiel mit den ebenfalls in den Hypothesen berücksichtigten, mit Blick auf die Organisationen aber nicht variierenden Faktoren (Sozialintegration und Interessen der Gesamtgruppe, Wettbewerb auf dem Organisationsfeld) sollte die Varianz des Organisationshandelns abgebildet und erklärt werden.

Tabelle 2: Merkmale der untersuchten Organisationen

	Verflechtung T.	Organisationsfestigung	türkisch-national	Identität Klientel/Mitglieder	Nutzung POS D.	Nutzung POS T.	Nutzung POS EU.
TGD	(-)	+	+	(-)	+	-	-
DİTİB	+	+	+	(+)	+	+	-
ATİB	+	+	+	+	-	+	-
AABF	+	+	-	(+)	+	-	+
UETD	+	-	+	+	-	+	-
DIDF	+	+	-	+	(-)	-	-

In diesem Sinne wurden sechs Dachorganisationen für die Untersuchung ausgewählt: die Türkische Gemeinde Deutschland (TGD), die Türkisch-Islamische Anstalt für Religion (DİTİB), die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATİB), die Alevitische Gemeinde in Deutschland (AABF), die Union Euro-

päisch-Türkischer Demokraten (UETD) und die Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF). Tabelle 2 gibt eine Übersicht über die unterschiedlichen Merkmalsausprägungen der Organisationen. Im Folgenden begründen wir unsere Einschätzungen anhand des Forschungsstands zu den Organisationen und anhand organisationseigener Textquellen.

#### 4.2 *Auswertung*

Die Auswertung der Texte folgte den Prinzipien der qualitativen Inhaltsanalyse, wie sie von Mayring formuliert wurden.<sup>47</sup> Wesentlich sind hier die Beachtung des Kontextes des Materials, die quellenkritische Perspektive, die Systematik bei der Auswertung der Texte, die Vornahme nachvollziehbarer, aus dem Material gewonnener Kategorisierungen und ein theoriegeleitetes Verfahren. Entlang dieser Prinzipien wurde ein Auswertungsschema entwickelt.

Wir haben das Medium der Presseinformation als intern abgestimmte Verlautbarung der politischen Position einer Organisation betrachtet. In einem ersten Schritt wurde eine einfache Einteilung der Texte hinsichtlich der Zustimmung zur beziehungsweise der Ablehnung der Resolution vorgenommen. Hier zeigte sich, dass sich alle Verbände bis auf die AABF und die DIDF vom Beschluss des Bundestags distanzieren beziehungsweise diesen – zum Teil stark – kritisierten. Während die AABF die Resolution als einzige Organisation klar unterstützte, hielt sich die DIDF in der inhaltlichen Bewertung zurück, kritisierte aber die Art und Weise der Beschlussfassung.

Dieser ersten inhaltlichen Einteilung folgte eine deskriptive Analyse der Pressemitteilungen, wobei die Inhalte organisationsübergreifend verglichen wurden. Im letzten Schritt wurden die Befunde mit den im Vorfeld formulierten Hypothesen zum Organisationshandeln in Verbindung gebracht.

#### 4.3 *Beschreibung des Textkorpus*

Untersucht wurden diejenigen Presseinformationen der Verbände, die im ersten Halbjahr 2016 in Deutschland erschienen sind und die sich auf die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags oder ihre Folgen beziehen. Es zeigte sich, dass die Texte sämtlich in deutscher Sprache und zum Teil auch in türkischer Übersetzung erschienen sind und sich an die Öffentlichkeit in Deutschland richten, einschließlich der eigenen Klientel. Die Presseinformationen beziehen sich auf drei Phasen der Debatte:

- (1) Erklärungen im Vorfeld der Verabschiedung der Resolution, zum Beispiel Texte, die den Völkermordvorwurf in historischer Perspektive zu relativieren und damit Argumente gegen die Verabschiedung des Beschlusses zu liefern suchen.

47 Mayring 2015, insbesondere S. 50-53.

- (2) Mehr oder weniger unmittelbare Reaktionen auf die Verabschiedung der Resolution durch den Bundestag, in denen nach einer kurzen Schilderung der Debatte der eigene Standpunkt dargelegt wird.
- (3) Reaktionen auf die Folgen des Beschlusses, so auf die Morddrohungen gegenüber türkeistämmigen Bundestagsabgeordneten.

Ausgehend hiervon ergibt sich folgende Verteilung der 14 ausgewerteten Pressemitteilungen, wobei von ATİB einerseits und UETD andererseits jeweils eine Pressemitteilung identisch in deutscher und türkischer Sprache vorlag:<sup>48</sup>

Tabelle 3: Übersicht der ausgewerteten Pressinformationen

	Vorfeld	Unmittelbare Reaktion	Reaktion auf Morddrohungen	Absolute Anzahl der PM
AABF	PM 1	PM 2	PM 3	3
ATİB		PM 1 und 2		2
DİDF		PM 1		1
DİTİB		PM 1	PM 2	2
TGD	PM 1	PM 2	PM 3	3
UETD	PM 1 und 2	PM 3		3

## 5. Charakterisierung der untersuchten Organisationen

### 5.1 Türkische Gemeinde Deutschland (TGD)

Neben mehreren Berufs- und Fachverbänden, wie dem Bund der türkischen Lehrervereine in Deutschland (ATÖF) und der Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED), sind mehr als 200 Einzelvereine in der TGD organisiert. Laut § 2 der TGD-Satzung strebt die Organisation Ziele wie die rechtliche, soziale und politische Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung, die Bewahrung der kulturellen Identität und die Förderung der Integration von – dauerhaft in Deutschland lebenden – türkischen Migranten an.<sup>49</sup>

Blätte hat im Rahmen seiner Analyse von Einwandererverbänden in der deutschen Integrationspolitik auch die Tätigkeit der TGD berücksichtigt.<sup>50</sup> Er arbeitet heraus, dass sich die TGD primär als Vertreterin der Belange und Interessen der Deutsch-türken versteht, wobei sie sich zugleich von parteipolitischen Auseinandersetzungen in der Türkei distanziert und sich primär auf migrations- und integrationsbezogene

48 Siehe das Verzeichnis der Pressemitteilungen am Ende des vorliegenden Textes.

49 Siehe TGD-Satzung, § 2 »Ziele und Zweck des Vereins«. [www.tgd.de/wp-content/uploads/2014/06/TGD-Satzung062014.pdf](http://www.tgd.de/wp-content/uploads/2014/06/TGD-Satzung062014.pdf) (Zugriff vom 19.09.2016).

50 Blätte 2014, insbesondere S. 109-116.

Arbeitsfelder konzentriert.<sup>51</sup> Der Ausgangspunkt der TGD und ihrer deutschlandbezogenen Orientierung ist in der Zerschlagung der türkischen Zivilgesellschaft nach dem Militärputsch 1980 zu sehen, die die effektive Einflussnahme von in Deutschland tätigen Migrantenorganisationen auf Entwicklungen in der Türkei auf absehbare Zeit aussichtslos erscheinen ließ. Zudem boten ab Mitte der 1980er Jahre rassistische Übergriffe auf Türkeistämmige in Deutschland Anlass zu parteiübergreifenden Zusammenschlüssen türkischer Organisationen.<sup>52</sup> Nach der Ermordung von Ramazan Avcı durch Rechtsradikale schlossen sich im Jahr 1985 20 türkische Organisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung in Hamburg zu einem Bündnis zusammen, das als Grundstein der TGD angesehen wird. Zehn Jahre später, 1995, wurde dann die TGD als Zusammenschluss mehrerer bis dahin entstandener regionaler Verbände gegründet. Auch hier spielten Angriffe gegen türkische Migranten, wie in Mölln und Solingen Anfang der 1990er Jahre, eine Rolle.<sup>53</sup> Trotz insgesamt schwacher grenzüberschreitender Orientierung ist für die TGD die Stärkung türkisch-nationaler Identität im Sinne der Markierung ihrer Klientel und der Erhaltung ihrer Basis sehr bedeutend.<sup>54</sup> Zugleich hat die Organisation in hohem Maße in Deutschland gegebene politische Anschlussmöglichkeiten genutzt und einen für Migrantenorganisationen in der Bundesrepublik bis dato seltenen Institutionalisierungsgrad erreicht, seit sie im Land Berlin, von zahlreichen Projektförderungen seitens deutscher Stellen abgesehen, schon frühzeitig in den Genuss projektunabhängiger institutioneller Förderung kam.<sup>55</sup> Ein wichtiges Interesse der TGD ist die institutionelle Einbindung in migrations- und integrationspolitische Fragestellungen. In diesem Kontext tritt die TGD vor allem mit verschiedenen Projekten in Erscheinung, welche mit Fragen der Bildung, Integration und seit neuestem auch Flucht und Asyl in Verbindung stehen.<sup>56</sup> Projekte unter Beteiligung der TGD werden durch verschiedene Bundesministerien gefördert. Mit neun Landesverbänden (alleamt in den alten Bundesländern) und acht Fachverbänden, darunter die bereits erwähnten ATÖF und FÖTED, ist die Organisation diversifiziert und gefestigt. Inwiefern die türkisch-nationale Orientierung zukünftig zur Mitglieder mobilisierung beitragen wird, ist allerdings schwer abzuschätzen.

Vor dem Hintergrund dieser Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte ist die grenzüberschreitende Orientierung der TGD als eher gering einzuschätzen. Dennoch kommen Bezugnahmen auf die Politik in der Türkei vor, wobei die TGD in der Vergangenheit insbesondere laizistische Positionen vertreten hat, sodass von einer völligen Isolation von den Entwicklungen in der Türkei nicht die Rede sein kann, auch aufgrund der türkisch-nationalen Prägung.

51 Ebd., S. 110.

52 Ebd., S. 110-111.

53 Vgl. ebd., S. 111.

54 Ebd., S. 113.

55 Ebd., S. 114.

56 Siehe Homepage der TGD unter Projekte: [www.tgd.de/projekte/](http://www.tgd.de/projekte/) (Zugriff vom 19.02.2017).

## 5.2 *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB)*

Die heute wohl mitgliederstärkste türkische Organisation in Deutschland wurde 1984 in enger Verbindung mit dem Amt für religiöse Angelegenheiten der Republik Türkei gegründet. DİTİB betreibt heute in Deutschland rund 700 Moscheen.<sup>57</sup> Rosenow bietet eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Organisation unter Bezug auf einige der auch im vorliegenden Text zugrunde gelegten Annahmen und Merkmale.<sup>58</sup> Bei der DİTİB handelt es sich, so legt Rosenows Betrachtung nahe, quasi um den Idealtypus einer transnationalen Einwandererorganisation mit den damit einhergehenden Problemen. Im Vergleich zu anderen muslimischen Dachverbänden in Deutschland relativ spät gegründet, sollte die DİTİB einer weiteren Fragmentierung, aber auch Politisierung des muslimischen Organisationsfelds in Deutschland entgegenwirken, dies aber bei gleichzeitiger Nähe zum türkischen Staat, der über das Amt für religiöse Angelegenheiten die Imame für die DİTİB-Moscheen in Deutschland bereitstellt und beschäftigt; ebenso wird das Amt des DİTİB-Vorsitzenden durch den zuständigen Botschaftsrat der Türkei in Deutschland übernommen. Die türkisch-nationale Prägung ist also ein wesentlicher Aspekt der DİTİB-Gemeinden und ihrer Anhänger mobilisierung. Die Bereitstellung der Imame ist ein beträchtlicher Ressourcenfaktor, sodass es über die Jahre für viele Gemeinden nahelag, sich der DİTİB anzuschließen.<sup>59</sup> Allerdings ist die türkische Religionsbehörde in jüngerer Zeit verstärkt dazu übergegangen, auch Gemeinden außerhalb der DİTİB Imame zur Verfügung zu stellen (unter anderem für ATİB-Moscheen), sodass dieser Faktor für den Organisationswettbewerb inzwischen an Bedeutung verloren hat. Es ist davon auszugehen, dass die weit verbreiteten DİTİB-Moscheen in beträchtlichem Umfang auch von Muslimen nichttürkischer Herkunft besucht werden.<sup>60</sup>

Neben der Bereitstellung von Gebetshäusern und deren Ausstattung mit Imamen übernimmt die DİTİB weitere wichtige Funktionen. Ein Beispiel hierfür sind die Bestattungsfonds, bei denen einzelne Personen oder auch ganze Familien Mitglied werden und die im Todesfall eine Überführung und Bestattung in der Türkei nach islamischen Riten organisieren.<sup>61</sup>

Der vergleichsweise hohe Organisationsgrad der DİTİB machte die Organisation schon früh für die deutsche Politik als (eher inoffiziellen) Partner bei der Bewältigung integrationspolitischer Steuerungsaufgaben interessant,<sup>62</sup> und daher bestand auch das Interesse deutscher Akteure an möglichst »konformem« Verhalten der DİTİB mit Blick auf die Sozialintegration, um Kooperationen legitimieren zu können. Zugleich führte der Generationenwandel von Mitgliedern und Klientel in Deutschland (Aufgabe der »Rückkehrillusion«) in Kombination mit dem Wettbe-

57 Halm, Sauer 2012, S. 82; Halm, Sauer 2015, S. 21.

58 Rosenow 2010.

59 Vgl. ebd., S. 173-174.

60 Vgl. Halm, Sauer 2012, S. 83-84.

61 Vgl. Gorzewski 2015, S. 95.

62 Vgl. Blätte 2014, S. 141-142.

werb zwischen den muslimischen Organisationen dazu, verstärkt Integrationsangebote und die deutsche Sprache in das Angebotsspektrum zu integrieren.<sup>63</sup> DİTİB war im Zuge des verstärkten Einbezugs von Einwandererverbänden in die deutsche Politik in den letzten Jahren bemüht, hier eine Protagonistenrolle unter den muslimischen Verbänden einzunehmen und in großem Umfang Kooperationen mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Deutschland einzugehen.<sup>64</sup> Dies führte nicht zuletzt zu einer Anpassung der Organisationsstruktur, die einer Regionalisierung und inhaltlichen Diversifizierung unterzogen wurde, um eine möglichst hohe Passung mit dem deutschen Fördersystem zu erzielen.<sup>65</sup> Die Organisation war Gründungsmitglied des Koordinierungsrats der Muslime (KRM), der vor dem Hintergrund der Arbeit der DIK zu gemeinsamen Positionen der großen muslimischen Verbände beitragen sollte. Rosenow<sup>66</sup> sieht die DİTİB in einem Zustand der Entkopplung, da die DİTİB versucht, sehr widersprüchliche Erwartungshaltungen älterer (türkeiorientierter) und jüngerer (auch deutschlandorientierter) Klientel, des türkischen Staates und der deutschen Akteure gleichzeitig zu bedienen. Gut fassbar wird dies nicht zuletzt an unterschiedlichen Inhalten und Positionen in deutsch-versus türkischsprachigen Texten der Organisation. Symptomatisch für hieraus resultierende Irritationen in Deutschland ist ein von der türkischen Religionsbehörde verbreiteter türkischsprachiger Comic, der im Zuge der Niederschlagung des Militärputsches in der Türkei 2016 eine Verbindung von türkischem Nationalismus und islamistischem Märtyrertod herstellte und selbigen verherrlichte. Die unzureichende Distanzierung der DİTİB von dem Comic führte zur Einstellung der Zusammenarbeit mit dem NRW-Innenministerium bei der Salafismusprävention. Wie eingangs erwähnt, erfuhr das Verhältnis der DİTİB zu deutschen staatlichen Stellen in der Folgezeit eine immer stärkere Belastung angesichts von Einflussnahmen einer immer autoritärer agierenden Regierung in der Türkei.

### 5.3 *Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATİB)*

Die 1987 in Frankfurt gegründete ATİB ist eine Abspaltung der »Föderation Türkisch-Demokratischer Idealistenvereine in Europa« (ADÜTDF), der nationalistischen Organisation also, die auch als »Graue Wölfe« bekannt ist.<sup>67</sup> Die Gründung von ATİB kann im Zusammenhang mit Abspaltungen von der türkischen ADÜTDF-»Mutterpartei« MHP interpretiert werden,<sup>68</sup> wobei die ATİB in Deutschland insbesondere den religiösen Flügel der Bewegung aufgenommen hat. Heute betreibt sie mit ihren Mitgliedsvereinen unter anderem Moscheen, über deren Zahl keine zuverlässige Angabe gemacht werden kann. Auch über die Zahl der Mitgliedsvereine insgesamt ist wenig bekannt; sie sollte sich aber im mittleren zweistelligen Bereich

63 Vgl. Rosenow 2010, S. 182.

64 Vgl. Blätte 2014, S. 142.

65 Vgl. Rosenow 2010, S. 180.

66 Ebd.

67 Vgl. Halm 2010, S. 308.

68 Bozay 2004, S. 32, zitiert nach Schmidt 2012, S. 22.

bewegen.<sup>69</sup> Die ATİB ist Mitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) und über diesen gleichzeitig Mitglied im KRM und damit auch mittelbar in der DIK vertreten. Es lässt sich jedoch kaum sagen, in welchem Umfang dies das Organisationshandeln mit Blick auf die Inanspruchnahme deutscher politischer Anschlussmöglichkeiten berührt.

Die ATİB distanziert sich seit ihrer Gründung von den Gewalttaten der »Grauen Wölfe«, legt aber dessen ungeachtet noch Wert auf eine Synthese zwischen türkischem Nationalismus und Islam. Einige Imame von ATİB-Moscheen werden durch die Anstalt für Religion aus der Türkei entsandt und bezahlt.<sup>70</sup>

Als religiöse Dachorganisation ist die Bedeutung der ATİB gegenüber der DİTİB gering. Die ATİB-Satzung formuliert ein stark anti-assimilatives Integrationsverständnis, das letztendlich auf die diskriminierungsfreie Eingliederung der Türkeistämmigen als religiös-kulturelle Minderheit in Deutschland hinausläuft.<sup>71</sup> Angesichts dieses Selbstverständnisses und der eher geringen Bedeutung der ATİB für die Interessenartikulation der Türkeistämmigen in Deutschland dürften Erwartungen der Aufnahmegesellschaft an die Organisation eher gering sein, während es für die ATİB nahe liegen kann, sich auf eine türkisch-nationalistische und sunnitisch-islamische Klientel zu beschränken. Es sind auch kaum Versuche zu erkennen, deutsche Institutionen zu nutzen; die Aktivitäten kreisen um die eigene Organisation und ihre Mitglieder und beschränken sich auf Veranstaltungen wie Pilgerfahrten sowie Kultur- und Sportereignisse.

#### 5.4 Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF)

Rund 13 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime sind Aleviten.<sup>72</sup> Da die Türkei das Hauptherkunftsland der Aleviten in Deutschland ist, dürfte ihr Anteil unter den Türkeistämmigen noch höher liegen. Als eine Untergruppe des schiitischen Islams, die im heutigen Verständnis eines Teils der in Europa lebenden Aleviten als eigenständige Religionsgemeinschaft aufgefasst wird, wurden sie in der Türkei seitens der islamischen Orthodoxie der Häresie bezichtigt und verfolgt. In der Vergangenheit gab es immer wieder gewaltsame Übergriffe auf Aleviten in der Türkei; Beispiele hierfür sind die Pogrome in Kahramanmaras im Jahr 1978 und in Sivas im Jahr 1993.<sup>73</sup>

69 Schmidt gibt europaweit 126 Moscheevereine und zwischen 8.000 und 11.500 Mitglieder in Deutschland an; Schmidt 2012, S. 22.

70 Vgl. ebd.

71 Siehe die Darstellung des Selbstverständnisses auf der deutschsprachigen ATİB-Webseite: [www.ATIB.org/de/content.php?baslik=haberler&detay=uber-uns](http://www.ATIB.org/de/content.php?baslik=haberler&detay=uber-uns) (Zugriff vom 21.09.2016).

72 Haug et al. 2009, S. 79.

73 Vgl. Sökefeld 2007, S. 176, zitiert nach Schmidt 2012, S. 24. In der Provinz Kahramanmaras kam es im Dezember 1978 zu Angriffen von türkischen Nationalisten auf Menschen alevitischen Glaubens mit mehr als 110 Todesopfern. In Sivas setzten im Jahr 1993 Nationalisten während eines alevitischen Kulturfestes ein Hotel in Brand, in dem viele der mehrheitlich alevitischen Gäste untergebracht worden waren. Hier starben 35 Menschen.

Bereits im Zuge der Arbeitsmigration hatten sich Aleviten in der Bundesrepublik niedergelassen, doch stieg deren Anzahl nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 überproportional an, denn viele Menschen alevitischen Glaubens waren in oppositionellen Bewegungen tätig gewesen und verließen nun die Türkei.<sup>74</sup> Ein großer Teil der Aleviten ist im Übrigen kurdischer Abstammung und steht damit dem türkisch-nationalen Lager fern. Sofern sich diese Prozesse im migrantischen Organisationsfeld niederschlugen, geschah dies zunächst vor allem durch Gründung politischer Organisationen des linken Spektrums und als Reaktion auf die restriktive Politik gegenüber diesen Gruppen in der Türkei, nicht jedoch auf breiter Front in Vereinen, die explizit die alevitische Identität betonten.<sup>75</sup>

Durch Sökefeld<sup>76</sup> und Aksünger<sup>77</sup> ist das alevitische Organisationsfeld in Europa vergleichsweise extensiv beforcht worden. Als wichtiger Wendepunkt werden dabei die ausgehenden 1980er Jahre gesehen, während derer unter den Aleviten in der Diaspora in zunehmendem Maße eine Wiederentdeckung der eigenen religiösen Identität stattfand.<sup>78</sup> Begegneten die Aleviten in der Türkei Versuchen der »Sunnitisierung« und Vereinheitlichung bis dahin mit Rückzugsstrategien, so entstand in der Diaspora ein alevitisches Selbstbewusstsein, das auch auf die Türkei rückwirkte. Insbesondere verfolgten die alevitischen Organisationen eine Politik der Europäisierung und der Einflussnahme im Rahmen des Heranführungsprozesses der Türkei an die EU, indem sie die Gleichbehandlung des Alevitentums in der Türkei einforderten und damit auch einen Beitrag zur Unterstützung alevitischer Belange im Herkunftsland leisteten.<sup>79</sup>

Der AABF ist der heute mit Abstand bedeutendste, aber nicht einzige Zusammenschluss alevitischer Gemeinden in Deutschland und zugleich diejenige Organisation, die alevitischen Interessen auf nationaler wie europäischer Ebene Gehör verschafft. Die Dachorganisation wurde 1990 in Deutschland gegründet und Mitte der 1990er Jahre auf die europäische Ebene erweitert. Die Zahl der AABF-Vereine in Deutschland beträgt über 120.<sup>80</sup> Der AABF versteht sich heute als Alleinvertretung der Aleviten.<sup>81</sup>

Der AABF verfügt inzwischen über gefestigte Strukturen, die mit der Gründung von regionalen Jugend- und Landesverbänden auch in deutsche Förderstrukturen passen. Über Projektförderungen ist der AABF heute eng mit der deutschen Inte-

74 Vgl. Blätte 2014, S. 143.

75 Vgl. Aksünger 2013, S. 141.

76 Sökefeld 2008.

77 Aksünger 2013.

78 Ebd., S. 142.

79 Vgl. Sökefeld 2008, zitiert nach Aksünger 2013, S. 230.

80 Schmidt 2012, S. 24.

81 Siehe Selbstdarstellung des AABF: [http://alevi.com/de/?page\\_id=90](http://alevi.com/de/?page_id=90) (Zugriff vom 19.09.2016). Allerdings existiert auch noch die Cem-Stiftung, die ebenfalls die Aleviten in Deutschland zu vertreten sucht, eine Nähe zum türkischen Staat aufweist, aber wenig Bedeutung hat.

grationspolitik verknüpft und vergleichsweise professionalisiert.<sup>82</sup> Bedeutend für die Entwicklung des AABF seit der Jahrtausendwende war sein starkes Engagement für die Einführung eines alevitischen Religionsunterrichts, der inzwischen in acht Bundesländern an staatlichen Schulen erteilt wird. Die Voraussetzung für die Erteilung des Unterrichts ist die Anerkennung des Alevitentums als eigenständige (also nichtislamische) Religionsgemeinschaft. Dies führte – möglicherweise in Kombination mit anderen anerkennungspolitischen Überlegungen der Abgrenzung vom zunehmend problematisierten Islam – zur zunehmenden Selbstwahrnehmung als eigenständige Religionsgemeinschaft, zumindest in der offiziellen Lesart der Organisation. Dies ist ein gutes Beispiel für die Wirkung der Einflusslogik auf Kosten der Mitgliederlogik in einer Organisation, denn die Nichtzugehörigkeit des Alevitentums zum Islam ist in der Zielgruppe nicht unbedingt Konsens. Insgesamt weist die Strategie des AABF Merkmale der Isomorphie, der weitgehenden Anpassung an aufnahmegesellschaftliche Erwartungen, auf. Diese Politik des AABF führt möglicherweise dazu, dass die Klientel der Aleviten in Deutschland sich nicht umfassend repräsentiert fühlt, sofern sie sich als Teil der muslimischen Gemeinschaft versteht.

### 5.5 Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

Die Föderation der demokratischen Arbeitervereine wurde im Jahr 1980 als Dachorganisation türkischer Kultur- und Arbeitervereine gegründet. Ihre Wurzeln liegen in der türkischen Linken, und sie pflegt heute Verbindungen zur türkischen Emek Partisi (EMEP), die als Folgeorganisation der verbotenen Türkiye Devrimci Komünist Partisi (TDKP, »Revolutionäre kommunistische Partei der Türkei«) gesehen wird. Wohl aufgrund dieser Verbindungen war die DIDF bis in die 2000er Jahre Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz in Deutschland. Auch innerhalb des linken politischen Spektrums in Deutschland ist die DIDF vernetzt, was sich beispielsweise an der Tätigkeit der Linken-Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen im DIDF-Bundesvorstand zeigt.

Zur DIDF existiert bisher keine Sekundärliteratur. Die Organisation agiert grenzüberschreitend und greift, auch in Kooperation mit seinen Ablegern in anderen europäischen Ländern, »linke« Themen wie Verteilungsgerechtigkeit, internationale Solidarität, Repression in der Türkei, Fremdenfeindlichkeit und Ähnliches auf, ohne dass erkennbar wäre, dass in nennenswertem Umfang türkische, deutsche oder europäische politische Anschlussmöglichkeiten genutzt würden, die Themensetzungen und Aktivitäten beeinflussen. Das dürfte auf die im politischen Spektrum weit links zu verortenden Positionen zurückzuführen sein. Insofern bestimmt Protest das Handeln der DIDF, wobei in Deutschland aber immerhin Anschluss an als legitim wahrgenommene »linke« Interessenartikulation besteht. Die DIDF-Jugend ist wie die Jugendorganisation der AABF Mitglied im Bundesjugendring.

82 Vgl. Blätte 2014, S. 144.

### 5.6 *Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD)*

Die UETD ist die jüngste unter den hier behandelten Organisationen. 2004 in Deutschland gegründet, steht die UETD im Ruf einer Auslandsorganisation der türkischen Regierungspartei AKP. Manifest wird diese Verbindung in der Durchführung von Großveranstaltungen mit dem türkischen Ministerpräsidenten beziehungsweise späteren Staatspräsidenten Erdoğan und in der Koordinierung seiner Wahlkämpfe in Deutschland. In Erscheinung trat die UETD aber auch im Rahmen weiterer AKP-Solidaritätsveranstaltungen, so etwa durch eine Gegendemonstration zu den Gezi-Protessen des Jahres 2013, die in Düsseldorf unter dem Motto »Respekt für Demokratie« stattfand.<sup>83</sup> Ähnliche Veranstaltungen fanden auch nach dem misslungenen Putsch vom Juli 2016 statt, zuletzt in Köln.

Auch die UETD wurde bisher nicht systematisch beforscht. Es ist davon auszugehen, dass ihre primäre Zielgruppe Anhänger der AKP in Deutschland sind, die nicht zuletzt für die Stimmabgabe bei türkischen Wahlen mobilisiert werden sollen. Insofern scheint sich die Arbeit der UETD weitgehend auf die Organisation von Veranstaltungen oder auch Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit zu beschränken. Dieser (aus der Türkei gelenkte) Schwerpunkt der noch jungen Organisation lässt vermuten, dass weitere deutschland-, aber auch türkeibezogene Aktivitäten nicht von Bedeutung sind. Die UETD erscheint eher als Instrument türkischer Regierungspolitik denn als eine auf Mitgliedschaften und Interessenvertretung zielende Migrantorganisation. Unterstrichen wird diese Beurteilung auch durch das Fehlen von Positionen jenseits der AKP-Politik.

## 6. Ergebnisse

### 6.1 *Inhalte der Presseinformationen*

Trotz der unterschiedlichen Ausrichtungen der Verbände besteht eine relativ einheitliche Themenwahl in den Presseinformationen. Verbreitet sind Aussagen zur Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der Armenien-Frage, zum Verhältnis zwischen deutscher und türkischer Regierung, zur Zukunft des armenisch-türkischen Dialogs, zum Völkermordbegriff und zu den Folgen der Bundestags-Entscheidung für die Integration von Türkeistämmigen in Deutschland. Zugleich weichen aber die Positionen zu diesen Themen zum Teil stark voneinander ab.

Die UETD machte bereits im Vorfeld des Bundestagsbeschlusses ihre Position durch die Veröffentlichung einer Mitteilung, die auch als Flugblatt verteilt wurde, in deutscher und türkischer Sprache deutlich.<sup>84</sup> Die hier vertretene Meinung entspricht dem offiziellen historischen Diskurs in der Türkei und streitet einen Völkermord vehement ab. Der Text hebt das deutsch-türkische Bündnis im Ersten Weltkrieg hervor und spricht von *Umsiedlungen* zwecks Entschärfung der Spannungslage im Osten Anatoliens. Er nimmt dann zur Jetztzeit Bezug und verweist auf

83 Vgl. Aydın 2014, S. 26.

84 Siehe UETD PM 1, UETD PM 2.

konstruktive Maßnahmen der AKP-Regierung zur Verbesserung des türkisch-armenischen Verhältnisses, wie die Rückgabe von armenischem Bodenbesitz und die Wiedereröffnung von armenisch-orthodoxen Kirchen.<sup>85</sup> Die Mitteilung erweckt den Eindruck von Parteipropaganda, wie sie auch in der Türkei durch die AKP betrieben wird; zum innerdeutschen Diskurs besteht kaum ein Bezug. Es wird formuliert, dass »[d]ie Tragödie der Armenier [...] heute von den falschen Instanzen diskutiert« wird und die Vorwürfe durch unabhängige Historiker und Juristen untersucht werden sollten. Diese Position ist deckungsgleich mit derjenigen der türkischen Regierung und ihrer Vorgängerregierungen.

In einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags nach deren Beschluss verweist UETD-Generalsekretär Bülent Bilgi darauf, dass dieser nicht nur in der Türkei, sondern auch unter den europäischen Türken Unmut ausgelöst habe.<sup>86</sup> In diesem Zusammenhang bezieht er sich auch auf Kritik von Aydan Özoğuz, der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, die sich im Vorfeld kritisch zur Beschlussvorlage geäußert hatte. Zugleich kritisiert Bilgi das Verhalten »einiger türkischstämmiger Abgeordneter des Bundestags«, ohne diese Kritik weiter zu substantiieren. Drohungen gegen die Politiker lehnt er allerdings ab: »Der Ort, an dem Politikerinnen und Politiker zur Rechenschaft gezogen werden, ist einzig und allein die Wahlurne.«<sup>87</sup>

Eine in Teilen ähnliche, aber differenziertere Position bezieht die TGD und spricht sich ebenfalls für die Klärung der Vorwürfe durch unabhängige Juristen und Historiker aus. Dabei weist auch die TGD den Völkermord-Begriff kategorisch zurück. In ihrer ersten Presseinformation verweist die TGD zudem darauf, dass sie die Errichtung einer solchen unabhängigen Kommission bereits seit längerem fordert.<sup>88</sup> Dabei plädiert die TGD für eine »multiperspektivische« Diskussion in Bezug auf dieses »schmerzhafteste Kapitel der armenisch-türkischen Beziehungen.«<sup>89</sup> Die Pressemitteilungen der TGD beziehen sich auch auf den türkisch-armenischen Diskurs in der Türkei und bemühen unter anderem den ermordeten türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink, der sich Zeit seines Lebens für eine Aussöhnung zwischen den Armeniern und Türken eingesetzt habe. Entsprechend seien die Türkei und Armenien die entscheidenden Parteien, die eine Lösung unter sich finden müssten: »Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) ruft beide Länder, die Türkei und Armenien, nochmals auf, sich der Geschichte zu stellen, die Frage offen zu diskutieren und unterschiedliche Auffassungen zuzulassen.«<sup>90</sup>

Am Ende der ersten Presseerklärung nimmt die TGD Bezug auf die möglichen innenpolitischen Folgen des Beschlusses für Deutschland. So heißt es, dass der Beschluss des Bundestags integrationspolitisch falsch sei und eine Entfremdung der

85 UETD PM 1.

86 Vgl. UETD PM 3.

87 UETD PM 1.

88 Vgl. TGD PM 1.

89 Ebd.

90 Ebd.

Türken, die »in überwältigender Weise die Darstellung der Ereignisse als Völkermord« ablehnten, bewirken würde.<sup>91</sup> In einer weiteren Presseerklärung – nach dem Beschluss – wiederholt die TGD ihre Positionen mit dem Zusatz, dass die starke Politisierung der Debatte in Deutschland die Normalisierung der armenisch-türkischen Beziehungen erschweren würde.<sup>92</sup> Ebenfalls wiederholt wird die Kritik an der Art und Weise der Behandlung des Themas: »Allein die Tatsache, dass die parlamentarische und mediale Diskussion auf den damals noch nicht völkerstrafrechtlich normierten ›Völkermord‹ reduziert wird, zeigt, dass es bei den Initiatoren der Kampagne nicht darum geht, sich für eine bewertungsfreie Realitätsfindung einzusetzen, sondern vielmehr darum, in den aktuell angespannten Beziehungen mit der Türkei ein Zeichen zu setzen.«<sup>93</sup>

Einen ähnlichen Schluss im Hinblick auf die integrationspolitischen Folgen zieht die DİTİB und geht davon aus, dass die Armenien-Resolution zur »Ausgrenzung und Marginalisierung von türkeistämmigen Menschen in Deutschland« führt und einen »dauerhaften Schaden« für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland nach sich ziehen werde.<sup>94</sup> Ähnlich wie bei der UETD wird der historische Kontext aus einer rein türkisch-osmanischen Perspektive betrachtet.<sup>95</sup> Dem Bundestag wird eine Ausblendung historischer Tatsachen vorgeworfen: »Stattdessen hat man sich damit begnügt, dass eine einseitige Betrachtung der Ereignisse erfolgte, die die Millionen systematisch auf dem Balkan, in Kaukasien und im Nahen Osten ermordeten, vertriebenen und verfolgten Opfer auf osmanischer Seite – zu denen auch die Armenier zählen – vor, während und nach dem 1. Weltkrieg vollends ausblendet.«<sup>96</sup> In diesem Sinne ist auch das Schlusswort der DİTİB-Erklärung eine Schuldzuweisung: »Deutschland täte gut daran, sich wichtigerer Themen [...] anzunehmen. Indem man sich zum Richter aufspielt, kann man keine Vermittlerrolle einnehmen – Letzteres hätte Deutschland besser getan.«<sup>97</sup> Insgesamt ist bemerkenswert, wie deutlich politisch sich hier ein Religionsverband äußert.

Die Pressemitteilung der anderen primär religiös orientierten Organisation, der ATİB, ist unter den gegenüber dem Bundestagsbeschluss skeptischen dann sogar die kürzeste und schärfste.<sup>98</sup> Unter der Überschrift »Nehmen Sie Abstand vom Zwang zum ›Völkermord-Bekenntnis‹« bezieht sich die ATİB beziehungsweise der ATİB-Vorsitzende als Unterzeichner des Textes – ähnlich wie UETD und DİTİB – auf die historischen Umstände des Genozids. Hierbei sieht er den Auslöser für die »Zwangsumsiedlung der Armenier 1915« bei den »Besatzungsmächten« des Ersten Weltkriegs. Diese hätten die Armenier zu Aufständen ermutigt, woraufhin die »Zwangs-

91 Ebd.

92 Vgl. TGD PM 2.

93 TGD PM 2.

94 Vgl. DİTİB PM 1.

95 Vgl. Ebd.

96 Ebd.

97 Ebd.

98 Vgl. ATİB PM 1.

umsiedlung« unabwendbar gewesen sei. Auf diese kurze historische Betrachtung folgt ein auch in seiner Unverbundenheit mit dem sonstigen Text irritierender Absatz, der den Vatikan ob seiner Position in der Völkermordfrage der Vorreiterrolle in einem neuen »Kreuzzug« gegen die Türkei bezichtigt. Daran anschließend wird ausgeführt, die EU wolle die Türkei zum Geständnis eines Völkermords zwingen. Auch wird festgestellt, dass es doch die Armenier gewesen seien, die einen Völkermord an den Aserbaidschanern im Jahr 1992 begangen hätten.<sup>99</sup> Die Erklärung endet mit einem Verweis darauf, dass die Türkei nicht gezwungen werden könne, eine Schuld anzuerkennen, die ihr nicht zukomme, und mit der Forderung, die Auseinandersetzung mit historischen Fragen Experten zu überlassen, da sonst »die große Gefahr [besteht], einer neuen Muslim- und Türkenfeindlichkeit den Weg zu ebnen«.<sup>100</sup> Erwähnt werden muss, dass argumentatorische Sprünge im Text auf einer unzulänglichen Übersetzung aus einem – uns dann aber nicht vorliegenden – türkischen Original beruhen könnten.

Eine diametrale Gegenposition formulieren die Presserklärungen der AABF. Sie ist die einzige Organisation, die die Resolution ohne Abstriche akzeptiert, und mehr als nur das. Bereits im Vorfeld der Resolution verdeutlicht die AABF in einer Presseinformation, dass sie den Schritt der Bundestagsfraktionen zur Anerkennung des Genozids an den »orientalischen Christen« begrüßen würde.<sup>101</sup> Ohne weiter inhaltlich auf die Resolution einzugehen, verweist die AABF auf »nationalistisch-politische« und »rechtsradikale« Gruppen in Deutschland, die sich einer Anerkennung des Völkermords entgegenstellen würden, auch auf nationalistische Strömungen in der Türkei deutend, indem die Feststellung folgt, Extremismus sei kein »rein deutsch-deutsches Phänomen«.<sup>102</sup> Somit kann die Pressemitteilung als Hinweis auf durch die AABF wahrgenommene Konfliktlinien innerhalb der türkischen Gemeinde in der Bundesrepublik verstanden werden. Gemeint sind hiermit wohl radikal islamistische oder nationalistische Strömungen unter den in Deutschland lebenden Türken, die die AABF als Gefahr begreift. Laut AABF ist die Anerkennung des Völkermords in diesem Sinne auch ein wichtiger Schritt zur Eindämmung solcher Tendenzen.

Während in der ersten Pressemitteilung ein *expliziter* Bezug zur Türkei fehlt, ist die zweite Erklärung der AABF (nach dem Beschluss des Bundestags) stark von diesem geprägt. Hier werden Parallelen zwischen dem Genozid an den Armeniern und dem Vorgehen der türkischen Regierung gegen die alevitische Minderheit im Land

99 Anspielung auf den Konflikt in der Region Berg-Karabach.

100 ATiB PM 1.

101 AABF PM 1.

102 Ebd.

gezogen. Verwiesen wird dabei unter anderem auf die Niederschlagung des Dersim-Aufstands 1938,<sup>103</sup> welcher ebenfalls als Genozid bezeichnet wird.<sup>104</sup>

In einer weiteren Pressemitteilung äußert sich die AABF zu den Morddrohungen gegen türkeistämmige Bundestagsabgeordnete.<sup>105</sup> Die Drohungen werden als »kriminelle Hetze« und »Hasskriminalität« bezeichnet, die sich nicht nur gegen die Abgeordneten, sondern zugleich gegen den demokratischen Rechtsstaat richten. In der Folge fordert die AABF neben einer strafrechtlichen Verfolgung auch eine entschiedene Positionierung der Bundesregierung gegenüber der Türkei: »Da diese Hetze insbesondere durch hochrangige Politiker der Republik Türkei, maßgeblich durch die Äußerungen des Staatspräsidenten Erdoğan, entfacht wurde, fordern wir weiterhin, dass die Bundesregierung, insbesondere vertreten durch die Bundeskanzlerin, endlich ernsthafte und gezielte Rügen ausspricht.«<sup>106</sup>

Die *DIDF* schließlich nimmt in ihrer Presseinformation vom 14. Juni 2016 eine als neutral zu bezeichnende Position ein, wobei die Argumentation weitgehend quer zu den bisher dargestellten verläuft.<sup>107</sup> Unter der Überschrift »Die Armenien-Resolution und die Folgen« nimmt auch die *DIDF* eine historische Betrachtung vor, wobei auf die »imperialistischen Bestrebungen des Deutschen Reichs« verwiesen wird, die für den Genozid an den Armeniern mitursächlich gewesen seien. Angesichts dieses Umstands stelle sich die Frage, inwiefern es sich beim Bundestag um die »richtige Adresse« für die Behandlung dieser Frage handelt und warum man in Deutschland »vor den gegenwärtigen Entwicklungen in der Türkei die Augen verschließt, gar diese, durch die ›Hilfestellung‹ für die diktatorische Erdoğan-Regierung, bestärkt.«<sup>108</sup>

Bezüglich der Drohungen gegen die Bundestagsabgeordneten sieht die *DIDF* – ähnlich wie die AABF – die Hauptschuld beim türkischen Staatspräsidenten. In ihrer Kritik geht die *DIDF* so weit, dass sie die Absender der Drohungen als »Diener« des Erdoğan-Regimes bezeichnet, die versuchten, die »verwerfliche Politik« der AKP nach Deutschland zu tragen.<sup>109</sup> Die Folge sei eine Entsolidarisierung zwischen Deutschen und Türkeistämmigen, aber auch innerhalb der türkischen Gemeinde selbst.

103 Im Jahr 1938 kam es zu einem Aufstand in der mehrheitlich kurdisch-alevitisch besiedelten Region um Dersim. Das Aufbegehren wurde durch das türkische Militär binnen einiger Wochen niedergeschlagen, und die Verantwortlichen für den Aufstand wurden hingerichtet. Mit dem Inkrafttreten des sogenannten »Tunceli-Gesetzes« wurde die Provinz Dersim in »Tunceli« umbenannt.

104 Vgl. AABF PM 2.

105 Vgl. AABF PM 3.

106 Ebd.

107 Vgl. *DIDF* PM 1.

108 Ebd.

109 Ebd.

## 6.2 Interpretation vor dem Hintergrund der Hypothesen zum Organisationshandeln

Nachdem nun die Verbände hinsichtlich der Merkmale charakterisiert wurden, die das (grenzüberschreitende) Organisationshandeln beeinflussen, und ihre Presseerklärungen im Umfeld der Armenien-Resolution des Bundestags inhaltlich dargestellt wurden, diskutieren wir abschließend, inwieweit die Positionen im durch den Forschungsstand und unser Einflussmodell erwarteten Rahmen liegen.

Die TGD als Organisation mit einer auf die türkische Herkunft orientierten Ausrichtung weist trotz fehlender organisatorischer Verflechtungen mit der Türkei eine Nähe zum türkischen Hegemonialdiskurs im Hinblick auf die Armenien-Frage in der Türkei auf. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als sie – trotz Orientierung auf die Integration in Deutschland – die türkische Identität der Klientel anspricht und dort (vermeintlich) vorherrschende Positionen vertreten werden. Ungeachtet der relativ stabilen Basis der Organisation scheint also eine zumindest teilweise Rücksichtnahme auf Haltungen der Organisationsklientel bestehen zu bleiben; den Notwendigkeiten, die sich aus der weiteren Nutzung deutscher politischer Anschlussmöglichkeiten ergeben, wird aber wie erwartet Rechnung getragen. Daher fällt (im Vergleich zu den keine deutschen Anschlussmöglichkeiten nutzenden und mit der Türkei verflochtenen Verbänden ATİB und UETD) die Kritik am Bundestagsbeschluss moderat aus. Zwar werden Teile des türkischen Hegemonialdiskurses übernommen, die Auseinandersetzung wird aber als Belastung für das Zusammenleben in Deutschland betrachtet und in die Türkei und nach Armenien quasi »zurückverwiesen«. Auch ist plausibel, dass die Debatte für die TGD als Organisation risikobehaftet ist, weil die TGD einerseits ihre Legitimation aus der Interessenvertretung der Türkeistämmigen bezieht, gleichzeitig aber auch deren Integration fördern will, ohne ihre Klientel im Laufe dieser Entwicklung zu verlieren. Dies spricht für die Wahl des abwiegelnden Arguments einer Nichtzuständigkeit für die Frage des Völkermords an den Armeniern seitens der unterschiedlichen Akteure in Deutschland. Diese Kompromissformel entspricht damit dem, was die Annahmen für eine so positionierte Organisation erwarten ließen.

In der Armenien-Debatte erwies sich die Position der UETD als weitgehende Reproduktion der durch die AKP in der Türkei vertretenen Meinung. Zweifelsohne ist hier die enge grenzüberschreitende Verflechtung mit der AKP entscheidend. Der starke argumentative Bezug zum Osmanischen Reich ist dabei als Weiterführung der durch die AKP betriebenen Aufwertung des osmanischen Erbes zu verstehen. Mit der Ansprache der AKP-Wählerschaft in Deutschland, hinter der in der noch jungen Organisation andere mögliche Entwicklungsstrategien zurücktreten, ist diese Position gut vereinbar. Darauf deuten insbesondere die mehrfache Wiederholung der Formel »Wir europäische Türken« und die Betonung der »Wurzeln« hin.<sup>110</sup> Zum Teil sind diese Formulierungen mit denen von Staatspräsident Erdoğan in

110 Schluss UETD PM 3: »Unsere Wurzeln sind zwar in der Türkei, aber unsere Gegenwart und Zukunft ist in Europa und Deutschland. Wir europäischen Türken wünschen uns in Zukunft eine intensivere Kooperation und würden es begrüßen, in Entscheidungsprozesse stärker eingebunden zu werden.«

Bezug auf die Türkeistämmigen im europäischen Ausland deckungsgleich. Der Verweis auf die Möglichkeit der Abwahl missliebiger Politiker ähnelt zudem in frappierender Weise Reden Erdogans, in denen er zur Abstrafung der türkischen Opposition an den Wahlurnen aufruft.

*ATİB* und *UETD* gleichen sich hinsichtlich der Organisationsmerkmale in Tabelle 2, abgesehen von der Festigung der Organisation, die bei der *ATİB* weiter fortgeschritten ist. Das hat jedoch nicht dazu geführt, dass vermehrt deutsche politische Anschlussmöglichkeiten in Anspruch genommen würden (die sich auch kaum bieten dürften), die zu Spannungen mit den Interessen der vertretenen Klientel oder Loyalitätskonflikten mit der Türkei führen könnten. Entsprechend werden hier, wenn auch aufgrund der anderen Parteienbindung leicht anders konnotiert als bei der *UETD*, türkisch-nationalistische Positionen gegenüber einer eher wenig integrationsorientierten oder zumindest anti-assimilativ eingestellten Klientel vertreten.

Unter allen sechs untersuchten Organisationen ist die *DİTİB* diejenige, deren Position zum Armenien-Beschluss nicht ohne weiteres zu den von uns formulierten Annahmen zu passen scheint. Von der *ATİB* unterscheidet sich die *DİTİB* dadurch, dass sie in der Vergangenheit in beträchtlichem Umfang mit deutschen Stellen im Rahmen von Integrationsmaßnahmen, in der *DIK*, hinsichtlich der Einführung islamischen Religionsunterrichts und zu anderen Themen kooperiert hat. Zugleich ist das Verhältnis zwischen Organisationsführung und Klientelinteressen komplexer als bei der *ATİB*: Als größte muslimische Organisation in Deutschland kann die Überbetonung der türkisch-nationalen Identität für die *DİTİB* problematisch sein, da sich auch nichttürkische Muslime von ihr angesprochen fühlen können. Dass die *DİTİB*-Position letztendlich denjenigen von *ATİB* und *UETD* nähersteht als etwa der Kompromisslinie der *TGD*, wäre dann mit der im Vergleich zur *TGD* stärkeren Verflechtung der *DİTİB* mit der türkischen Regierung zu erklären. Möglicherweise führt auch der Wettbewerb zwischen den muslimischen Organisationen in Deutschland zur Übernahme eher pointierter Positionen. Dennoch ist bemerkenswert, dass der von Rosenow<sup>111</sup> diagnostizierte Zustand der Entkopplung in der Öffentlichkeitsarbeit der *DİTİB* nicht sichtbar wird und Positionen in Deutschland vertreten werden, die weitgehend auch in der Türkei funktionieren würden. Möglicherweise spielt hier auch eine Rolle, dass der Völkermord an den Armeniern eine stark emotionalisierte und für die türkische Politik seit jeher sehr bedeutende Frage ist, was in besonderem Umfang auf das Handeln einer eng mit dem türkischen Staat verbundenen Organisation durchschlägt. Zugleich mag die insbesondere seit dem misslungenen Putsch 2016 immer autoritärere Politik in der Türkei die Koordinaten des Organisationshandelns deutlich verschoben haben.

Die Position der *AABF* wiederum fügt sich widerspruchsfrei in unsere Hypothesen ein. Wie bei der *DİDZ* zeigt sich hier, dass das Fehlen eines türkisch-nationalen und das Vorhandensein eines alevitischen Selbstverständnisses zum Verzicht auf die Übernahme von Elementen des türkischen Hegemonialdiskurses führen. Zugleich ist die *AABF*-Position der Inanspruchnahme deutscher (und europäischer) politischer Anschlussmöglichkeiten förderlich. Dass auch die *AABF*-Position als sehr

111 Rosenow 2010.

pointiert beschrieben werden kann, mag dadurch zu erklären sein, dass diese relativ gefestigte Organisation nicht unbedingt große Rücksicht auf die alevitische Klientel in ihrer Gesamtheit nehmen muss und als mit dem Alevitentum in der Türkei verbundene Organisation dortige Diskurse aufgreifen kann, die in diesem Fall für die Anerkennung durch die Politik in Deutschland und Europa unproblematisch sind. So sind die Presseerklärungen der AABF durch diverse Diskursverschränkungen geprägt, in denen eine Leugnung des Genozids mit extremistischen und nationalistischen Tendenzen in der Türkei in Verbindung gebracht wird. Die AABF reproduziert in diesem Sinne einen Diskurs, der in der Türkei insbesondere durch das sozialistisch-kommunistische Lager und die prokurdische Partei HDP vertreten wird.

Auch die *DIDF* spricht das linke Spektrum an und steht damit dem türkischen Hegemonialdiskurs fern. Ihre Position erscheint als sozialistische Auswertung der Debatte, im Einklang mit ihrer Klientel in Deutschland und der Türkei und unter dem Vorzeichen des Protests bei höchstens bedingt vorhandenen politischen Anschlussmöglichkeiten in beiden Ländern.

## 7. Fazit

Unsere Analyse zeigt, dass die zugrunde gelegten Annahmen eine gute Basis für das Verständnis transnationalen Handelns von Migrantenorganisationen sind. Die aus dem Forschungsstand erkennbaren Einflussfaktoren auf das (grenzüberschreitende) Handeln von Migrantenorganisationen beziehungsweise ihr Zusammentreffen mit spezifischen Organisationsmerkmalen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung der Positionen in der Debatte um die Anerkennung des Armeniergenozids. Insofern versteht sich unser Text als Beitrag zu einer deduktiven Theoriebildung. Es zeigen sich allerdings – wenn auch in eher geringem Umfang – debattenspezifische Einflüsse, die von unseren Annahmen nicht abgedeckt werden, insbesondere im Fall der DİTİB.

Hinsichtlich der Frage einer »Formbarkeit« der Organisationen mit Blick auf ihre Einpassung in den Rahmen der deutschen Integrationspolitik oder einer weitergehend institutionalisierten Beteiligung im deutschen korporativen System ist der Befund ambivalent: Einerseits nehmen deutsche politische Institutionen und Diskurse durchaus Einfluss auf Organisationsstrukturen und inhaltliche Positionen, andererseits bleibt der transnationale Aspekt aber unabdingbar für das Verständnis des Handelns von Migrantenorganisationen. Dabei können auch diejenigen Äußerungen zur Armenien-Debatte, die nicht auf den ersten Blick mit deutschen Mainstream-Positionen kollidieren, starken grenzüberschreitenden Einflüssen unterliegen, wie bei der AABF. Auch erfolgt die Vermittlung dieser grenzüberschreitenden Einflüsse unter Einbezug der Türkeistämmigen in Deutschland je nach Organisation in unterschiedlichem Umfang. Dahinter steckt ein insgesamt wachsendes politisches Interesse der Türkeistämmigen, nicht nur, aber auch bezogen auf die Belange der Türkei.

So wenig aufgrund der komplexen Einflüsse aus dem Organisationshandeln auf die Integration und das Meinungsbild der Türkeistämmigen in Deutschland

geschlossen werden kann, so verkürzt wäre es auch, Positionen der Organisationen als davon unabhängig und allein in Einflüssen der Türkei und internen Organisationslogiken begründet zu sehen. Damit stellt sich die im politischen Raum bisher kaum explizit formulierte Frage, inwiefern sich in der deutschen Gesellschaft nicht anerkannte Positionen von Migrantenorganisationen und eine integrationspolitische Zusammenarbeit ausschließen. Solche in Deutschland als problematisch angesehenen Positionen sind dabei insofern ein Desintegrationszeichen, als die Frage der gesellschaftlichen Kohäsion im Sinne der Verständigung auf gemeinsame Grundwerte, die in der Armenien-Resolution des Bundestags deutlich berührt werden, angesprochen ist. Als Beleg für ein generelles Scheitern von Sozialintegration sind solche Positionen aber ungeeignet.

## Pressemitteilungen

- AABF vom 1. Juni 2016: Die Alevitische Gemeinde Deutschlands begrüßt den Schritt der Bundestagsfraktionen zur Anerkennung des Genozids an den orientalischen Christen. <http://alevi.com/de/?p=8426> (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als AABF PM 1.*
- AABF vom 2. Juni 2016: Die verabschiedete Bundestagsresolution zum Genozid an den Armeniern und anderen Minderheiten ist ein Beitrag für den Frieden in Deutschland. <http://alevi.com/de/?p=8448> (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als AABF PM 2.*
- AABF vom 14. Juni 2016: Solidarität mit unseren Abgeordneten. <http://alevi.com/de/?p=8516> (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als AABF PM 3.*
- ATİB vom 15. Juni 2016: Nehmen Sie Abstand vom Zwang zum »Völkermord-Bekenntnis«. [www.ATIB.org/de/content.php?baslik=basin-aciklamalari&detay=Nehmen-Sie-abstand-vom-Zwang-zum-Volkermord-Bekenntnis](http://www.ATIB.org/de/content.php?baslik=basin-aciklamalari&detay=Nehmen-Sie-abstand-vom-Zwang-zum-Volkermord-Bekenntnis) (Zugriff vom 15.06.2016). *Bezeichnet als ATİB PM 1.*
- ATİB vom 15. Juni 2016: Offener Brief des ATİB Vorsitzenden Ihsan Öner: »Türkiye'ye, »Soykırım« Dayatmasından Vazgecin« (türkische Version). [www.ATIB.org/content.php?baslik=basin-aciklamalari&detay=Soykirim-dayatmasindan-vazgecin](http://www.ATIB.org/content.php?baslik=basin-aciklamalari&detay=Soykirim-dayatmasindan-vazgecin) (Zugriff vom 15.06.2016). *Bezeichnet als ATİB PM 2.*
- DIDF vom 6. Juni 2016: Armenien-Resolution und die Folgen. [www.didf.de/blog/2016/06/06/armenien-resolution-und-die-folgen/](http://www.didf.de/blog/2016/06/06/armenien-resolution-und-die-folgen/) (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als DIDF PM 1.*
- DİTİB vom 4. Juni 2016: Erhobener Zeigefinger spaltet, statt zu verbinden! [www.DITIB.de/detail1.php?id=518&lang=de](http://www.DITIB.de/detail1.php?id=518&lang=de) (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als DİTİB PM 1.*
- DİTİB vom 8. Juni 2016: Der DİTİB Bundesverband ruft alle gesellschaftlichen Gruppen zur Mäßigung auf. [www.DITIB.de/detail1.php?id=519&lang=de](http://www.DITIB.de/detail1.php?id=519&lang=de) (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als DİTİB PM 2.*
- TGD vom 20. April 2016: TGD ruft bei der Aufarbeitung der Armenierfrage zu Besonnenheit auf. [www.tgd.de/2016/04/20/tgd-ruft-bei-der-aufarbeitung-der-armenierfrage-zu-besonnenheit-auf/](http://www.tgd.de/2016/04/20/tgd-ruft-bei-der-aufarbeitung-der-armenierfrage-zu-besonnenheit-auf/) (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als TGD PM 1.*
- TGD vom 2. Juni 2016: TGD kritisiert die emotionsgeleitete Diskussionen der Armenierfrage und ruft weiterhin zur Besonnenheit auf. [www.tgd.de/2016/06/02/tgd-kritisiert-die-emotionsgeleitete-diskussionen-der-armenierfrage-und-ruft-weiterhin-zur-besonnenheit-auf/](http://www.tgd.de/2016/06/02/tgd-kritisiert-die-emotionsgeleitete-diskussionen-der-armenierfrage-und-ruft-weiterhin-zur-besonnenheit-auf/) (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als TGD PM 2.*
- TGD vom 6. Juni 2016: TGD bestürzt über die Morddrohungen gegen türkeistämmige Bundestagsabgeordnete. [www.tgd.de/2016/06/06/tgd-besturzt-uber-die-morddrohungen-gegen-turkeistaemmige-bundestagsabgeordnete/](http://www.tgd.de/2016/06/06/tgd-besturzt-uber-die-morddrohungen-gegen-turkeistaemmige-bundestagsabgeordnete/) (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als TGD PM 3.*
- UETD vom 30. Mai 2016: Die Armenierfrage: Was geschah 1915? <http://uetd.info/die-armenierfrage/?lang=de> (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als UETD PM 1.*
- UETD vom 30. Mai 2016: Ermeni Meselesi: Dünden bugüne 1915 olayları (türkisch). <http://uetd.info/ermeni-meselesi/> (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als UETD PM 2.*

UETD vom 9. Juni 2016: Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages – Unterzeichnet von Bülent Bilgi – UETD Generalsekretär. <http://uetd.info/offener-brief-an-die-fraktionsvorsitzenden-und-abgeordneten-des-deutschen-bundestags/> (Zugriff vom 14.06.2016). *Bezeichnet als UETD PM 3.*

## Literatur

- Aksünger, Handan 2013. *Jenseits des Schweigegebots. Alevitische Migrantenselbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Integration in Deutschland und den Niederlanden*. Münster: Waxmann.
- Allmendinger, Jutta 2015. »Soziale Ungleichheit, Diversität und soziale Kohäsion als gesellschaftliche Herausforderung«, in *vhw-Fachkolloquium*, FWS 3, S. 127-131.
- Aydın, Yaşar 2014. *Die neue türkische Diasporapolitik. Ihre Ziele, ihre Grenzen und ihre Herausforderungen für die türkeistämmigen Verbände und die Entscheidungsträger in Deutschland*. SWP-Studie. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Blätte, Andreas 2014. *Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik 1998-2006*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bozay, Kemal 2004. »Graue Wölfe heulen noch. Hintergrund und Wirken extrem rechter türkischer Organisationen in der BRD«, in *Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW*, Sommerausgabe, S. 29-33.
- Burger, Reiner; Grunert, Marlene 2016. »Die Wut des Duisburger Integrationsrats – Duisburg galt als Vorbild für Integration. Dann kam die Armenien-Resolution – und der türkisch dominierte Integrationsrat lief Sturm«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Online-Ausgabe vom 21. Juni 2016. [www.faz.net/aktuell/politik/inland/wut-bei-integrationsrat-ueber-armenien-resolution-14298549.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wut-bei-integrationsrat-ueber-armenien-resolution-14298549.html) (Zugriff vom 23.06.2016).
- Clarke, Jennifer 2013. »Transnational actors in national contexts: migrant organizations in Greece in comparative perspective«, in *Journal of Southeast European and Black Sea Studies* 13, 2, S. 281-301.
- Deutscher Bundestag 2005. *Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915 – Deutschland muss zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen. Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP*. Drucksache 15/5689 vom 15. Juni 2005. Berlin.
- Deutscher Bundestag 2016. *Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen*. Drucksache 18/8613 vom 31. Mai 2016. Berlin.
- Eisinger, Peter K. 1973. »The conditions of protest behavior in American cities«, in *American Political Science Review* 81, S. 11-28.
- Faist, Thomas; Fauser, Margit; Reisenauer, Eveline 2014. *Das Transnationale in der Migration*. Weinheim: Beltz.
- Gorzewski, Andreas 2015. *Die Türkisch-Islamische Union im Wandel*. Wiesbaden: Springer VS.
- Halm, Dirk 2010. »Muslimische Organisationen in Deutschland – Entwicklung zu einem europäischen Islam?«, in *Jenseits von »Identität oder Integration«*. *Grenzen überspannende Migrantenselbstorganisationen*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 295-320. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Halm, Dirk; Pielage, Patricia; Pries, Ludger; Tuncay-Zengingül, Tülay; Sezgin, Zeynep 2012. »TRAMO country study Germany«, in *Cross-border migrant organizations in comparative perspective*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 37-98. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2012. »Islamische Gemeinden in Deutschland. Strukturen und Angebote«, in *Leviathan* 40, 1, S. 71-108.
- Halm, Dirk; Sauer, Martina 2015. *Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden*. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Berlin.
- Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep 2013. »Interplay between migrant organizations and their environment«, in *Migration and organized civil society – rethinking national policy*. ECPR Studies in

- European Political Science, hrsg. v. Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep, S. 1-22, 212-218. London: Routledge.
- Hans, Silke 2010. *Assimilation oder Segregation? Anpassungsprozesse von Einwanderern in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hans, Silke 2016. »Theorien der Integration von Migranten – Stand und Entwicklung«, in *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*, hrsg. v. Brinkmann, Heinz Ulrich; Sauer, Martina, S. 23-50. Wiesbaden: Springer VS.
- Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja 2009. *Muslimisches Leben in Deutschland*. BAMF-Forschungsbericht 6. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Jørgensen, Martin Bak 2009. *National and transnational identities: Turkish identity in Denmark, Sweden and Germany*. Dissertationsschrift. Aalborg University.
- Kalter, Frank 2008. »Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung«, in *Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 48, hrsg. v. Kalter, Frank, S. 11-36. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Koopmans, Ruud; Schaeffer, Merlin 2014. *Perceptions of ethno-cultural diversity and neighborhood cohesion in three countries*. WZB Discussion Paper SP VI 2014-103. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Koopmans, Ruud; Statham, Paul 2001. *How national citizenship shapes transnationalism: a comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands*. Transnational Communities Working Paper Series, WPTC-01-10 2001. www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/WPTC-01-10%20Koopmans.doc.pdf (Zugriff vom 05.04.2017).
- Kortmann, Matthias 2011. *Migrantenselbstorganisationen in der Integrationspolitik. Einwandererverbände als Interessenvertreter in Deutschland und den Niederlanden*. Münster: Waxmann.
- Mayring, Philipp 2015. *Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken*. 12. Auflage. Weinheim: Beltz.
- Meyer, John W.; Rowan, Brian 1977. »Institutionalized organizations: formal structure as myth and ceremony«, in *American Journal of Sociology* 83, S. 340-363.
- Morales, Laura; Pilati, Katia 2014. »The political transnationalism of Ecuadorians in Barcelona, Madrid and Milan: the role of individual resources, organizational engagement, and the mobilization context«, in *Global Networks* 14, 1, S. 80-102.
- Oliver, Christine 1991. »Strategic responses to institutional processes«, in *Academy of Management Review* 16, 1, S. 145-179.
- Østergaard-Nielsen, Eva 2003. *Transnational politics: Turks and Kurds in Germany*. New York, London: Routledge.
- Peucker, Mario 2016. *Muslim citizenship in liberal democracies. Civic and political participation in the West*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Pilati, Katia; Morales, Laura 2016. »Ethnic and immigrant politics vs. mainstream politics: the role of ethnic organizations in shaping the political participation of immigrant-origin individuals in Europe«, in *Ethnic and Racial Studies* 39, 15, S. 2796-2817.
- Portes, Alejandro; Guarnizo, Luis E.; Haller, William 2003. »Assimilation and transnationalism. Determinants of transnational political action among contemporary migrants«, in *American Journal of Sociology* 108, S. 1211-1248.
- Portes, Alejandro 2015. »Immigration, transnationalism, and development. The state of the question«, in *The state and the grassroots. Immigrant transnational organizations in four continents*, hrsg. v. Portes, Alejandro; Fernández-Kelly, Patricia, S. 1-24. New York: Bergahn Books.
- Pries, Ludger 2010. »(Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde«, in *Jenseits von »Identität oder Integration«*. *Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 15-60. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pries, Ludger; Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep 2012. »Cross border migrant organizations in their organizational and institutional environment«, in *Cross-border migrant organisations in comparative perspective*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 272-303. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep 2012. »Migration, organizations and transnational ties«, in *Cross-border migrant organisations in comparative perspective*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 1-36. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Rosenow, Kerstin 2010. »Von der Konsolidierung zur Erneuerung – Eine organisationssoziologische Analyse der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e. V. (DİTİB)«, in *Jenseits von »Identität oder Integration«*. *Grenzen überspannende Migrantenorganisationen*, hrsg. v. Pries, Ludger; Sezgin, Zeynep, S. 169-200. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rosenow-Williams, Kerstin 2013. »Opportunities and challenges for organizational transnationalism – an analysis of the Turkish-Islamic Union of the Directorate for Religious Affairs e.V. (DİTİB)«, in *Migration and organized civil society – rethinking national policy*. ECPR Studies in European Political Science, hrsg. v. Halm, Dirk; Sezgin, Zeynep, S. 134-151. London: Routledge.
- Sauer, Martina 2016. *Teilhabe und Befindlichkeit: Der Zusammenhang von Integration, Zugehörigkeit, Deprivation und Segregation türkeistämmiger Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen*. Ergebnisse der Mehrthemenbefragung 2015. Eine Analyse in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Schmidt, Susanne 2012. *Kooperation mit muslimischen Verbänden – Eine Orientierungshilfe*. Berlin: AWO-Bundesverband.
- Sökefeld, Martin 2007. »Aleviten und Europa«, in *Die Türkei und Europa*, hrsg. v. Clemens, Gabriele, S. 171-189. Münster: LIT Verlag.
- Sökefeld, Martin 2008. *Struggling for recognition. The Alevi movement in Germany and in transnational space*. Oxford, New York: Berghahn Books.
- Tarrow, Sidney 1994. *Power in movement. Social movements and contentious politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vermeulen, Floris F. 2005. *The immigrant organising process. The emergence and persistence of Turkish immigrant organisations in Amsterdam and Berlin and Surinamese organisations in Amsterdam, 1960-2000*. Dissertationsschrift. Frije Universiteit Amsterdam.

**Zusammenfassung:** Die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags vom 2. Juni 2016 führte zu einer Belastung der deutsch-türkischen Beziehungen und löste eine innenpolitische Debatte über die Integration von Einwanderern aus, an der sich auch türkische Verbände beteiligten. Diese Diskussion ist Anlass für unsere Analyse der Interessenvertretung türkischer Organisationen in Deutschland. Die Betrachtung rekurriert auf theoretisch zu erwartende Einflüsse auf die Positionen von Migrantenorganisationen. So wird das transnationale Handeln der Organisationen deutlich, und zugleich leistet der Text einen Beitrag zur Diskussion über ihre (des)integrativen gesellschaftlichen Wirkungen.

**Stichworte:** Armeniergenozid, türkische Migrantenorganisationen, Transnationalismus

### **Positions of migrant organizations in cross-border political debates. The example of the German parliament's »Armenia Resolution«**

**Summary:** A resolution in the German Parliament on June 2, 2016 on the Armenian genocide and the German involvement in it caused considerable tension in German-Turkish relations and lead do a domestic debate in Germany on the integration of immigrants. Turkish organizations in Germany participated extensively in this dispute. This debate is the point of departure for analyzing the lobbies of Turkish organizations in Germany. The study recurs on theoretically expected influences on the positions of migrant organizations. Our results offer an insight into the transnational action of migrant organizations, together with an impulse for the discussion of their (dis)integrative social potentials.

**Keywords:** Armenian genocide, Turkish migrant organizations, transnationalism

#### **Autoren**

Dirk Halm  
Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität-Duisburg Essen  
Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster  
halm@zfti.de

Seçkin Söylemez  
seckin.soeylemmez@icloud.com